

# POLITISCHE STUDIEN 489

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

71. Jahrgang | Januar-Februar 2020 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## POLITIK VOR ORT – KOMMUNALWAHLEN 2020



/// Im Zeitgespräch: Markus Ferber übernimmt den Stiftungsvorsitz – 06

/// Algerien ist in Bewegung: Der General bittet zur Wahl – 54

/// HSS vor Ort: Unsere Projekte in Tunesien, Algerien und Libyen – 66

[www.hss.de](http://www.hss.de)



Wer sein Wahlrecht nutzt, trägt **AKTIV** zur Gestaltung seiner unmittelbaren Umgebung, seines Gemeinwesens bei.

## MITMACHEN, MITBESTIMMEN, MITGESTALTEN

Am 15. März finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Wie wohl bei keiner anderen Wahl ist auch aufgrund des sehr ausdifferenzierten Wahlsystems die Gelegenheit so groß, sich „sein“ Kommunalparlament nach dem eigenen „Gusto“ zusammenstellen zu können. Nicht umsonst wird bei der Wahl von Bürgermeistern und Landräten überwiegend von einer „Persönlichkeitswahl“ gesprochen, gerade weil eben nicht die Zugehörigkeit zu einer Partei bzw. Liste, sondern die Person im Mittelpunkt steht. Und nirgends sind politische Entscheidungen auch so direkt, unmittelbar und schnell spürbar wie in der Kommunalpolitik. Wer sein Wahlrecht nutzt, trägt somit auch aktiv zur Gestaltung seiner unmittelbaren Umgebung, seines Gemeinwesens bei. Die Bürger können also durch die Abgabe ihre(r) Stimme(n) an der Gestaltung ihrer eigenen Lebensumstände mitwirken und besonders rasch Greifbares verbessern. Daher sollte auch jeder diese Chance nutzen.

Um für die Kommunalwahlen zu sensibilisieren, widmen wir daher den Schwerpunkt dieser Ausgabe unserer Politischen Studien dem Kommunalen, das unsere Autoren aus ganz verschiedenen Blickwinkeln heraus betrachten.

Aber auch international arbeitet die HSS. Unser Auslandsmitarbeiter, Said AlDailami, berichtet in seinem Artikel über die Aktivitäten der Stiftung in Algerien und deren zunehmenden Herausforderungen (S. 66). Ziel der Arbeit vor Ort ist es, zwischen den gesellschaftlichen Gruppen Kontakte zu knüpfen, zu vermitteln sowie zu unterhalten und daneben die Vernetzung mit Europa zu stärken. Und wer mehr über unseren neuen Vorsitzenden, Markus Ferber, MdEP, wissen will, dem sei das Interview ans Herz gelegt, das wir zu seiner Amtseinführung mit ihm geführt haben (S. 6).

**Thomas Reiner**  
ist Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit  
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



# INHALT



17

06

## IM FOKUS

- 13 POLITIK VOR ORT – KOMMUNALWAHLEN 2020**  
Einführung  
**RAMONA FRUHNER-WEISS**
- 17 DIE KOMMUNALWAHL IN BAYERN**  
Mitsprache für den Bürger  
**RAMONA FRUHNER-WEISS**
- 26 VOM WAHLPLAKAT ZU SOCIAL MEDIA**  
Medienwandel im Kommunalwahlkampf  
**MARKUS KAISER**
- 33 POLITIK VOR ORT: DIE KOMMUNEN UND LANDKREISE IN BAYERN**  
Herausforderungen und Probleme  
**CHRISTIAN BERNREITER**
- 40 DAS GUTE WOHNEN IN STADT UND LAND**  
Herausforderung der Zukunft – Kommunale Forderungen an die Politik  
**FRANZ DIRNBERGER / MATTHIAS SIMON**



40



66

## 46 WIR KÖNNEN ENERGIEWENDE

Ein kleines Dorf macht es vor  
**ARNO ZENGERLE**

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

### 06 MARKUS FERBER ÜBERNIMMT DEN HSS-VORSITZ

Zu Brüssel auch München  
**MARKUS FERBER**

## ANALYSE

### 54 ALGERIEN IST IN BEWEGUNG

Der General bittet zur Wahl  
**MARTIN PABST**

## HSS VOR ORT

- 66 DIE PROJEKTE DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG IN TUNESIEN, ALGERIEN UND LIBYEN**  
Zeiten des Aufbaus und des Wandels  
**SAID ALDAILAMI**

## AKTUELLES BUCH

- 72 MESSERSCHARFE ANALYSE NORDAFRIKAS UND DES NAHEN OSTENS**  
Veränderungsprozesse als Gefahr für Europa  
**MARTIN PABST**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 75 REZENSIONEN
- 82 ANKÜNDIGUNGEN
- 86 IMPRESSUM



Quelle: Markus Ferber

/// Zu Brüssel auch München

## MARKUS FERBER ÜBERNIMMT DEN HSS-VORSITZ

Stiftungen werden immer durch Persönlichkeiten geprägt. Nachdem die bisherige Vorsitzende, Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a. D., die Hans-Seidel-Stiftung (HSS) in moderne Fahrwasser gelenkt hat, trat sie vorzeitig aus freien Stücken im September 2019 mit Wirkung zum Jahresende zurück und macht damit den Platz für Markus Ferber frei. Ferber wurde im Oktober von der Mitgliederversammlung einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Er ist schon seit 2000 Mitglied der Stiftung und war seit 2014 ihr stellvertretender Vorsitzender. Seit 1994 ist er Europaabgeordneter. Seine Wurzeln sind in Schwaben, er kommt aus der Renaissance-Perle Augsburg. Wir haben den neuen Vorsitzenden gefragt, was ihn mit der Stiftung verbindet, was er mit ihr vorhat und noch einiges andere mehr.

**Politische Studien:** Herr Ferber, schon der zweite Wechsel an der Spitze binnen kurzer Zeit. Im Juli 2019 folgte Oliver Jörg als Generalsekretär auf den in Ruhestand gegangenen Peter Witterauf, jetzt folgen Sie auf Ursula Männle. Was verbindet Sie mit der bisherigen Vorsitzenden?

**Markus Ferber:** Ich habe mit Frau Professor Ursula Männle während ihrer gesamten Amtszeit als ihr Stellvertreter im Vorstand der Hanns-Seidel-Stiftung mitarbeiten dürfen. Dabei habe ich besonders geschätzt, dass sie in meinen Aufgabenbereichen, insbesondere der Europapolitik, mir viel Handlungsspielraum gegeben hat. So ist es uns gelungen, das Institut für Europäischen und Transatlantischen Dialog zu gründen und dieses wichtige Themenfeld neu zu besetzen.

**Wie ist Ihr Start ins Amt verlaufen?**

Ich bin am 1. Januar ganz normal aufgestanden wie an jedem anderen Tag auch, insofern lief der Start problemlos. Aber ernsthaft: Natürlich habe ich mich in den letzten Wochen sehr intensiv insbesondere mit dem Generalsekretär und der bisherigen Vorsitzenden ausgetauscht, um Kontinuität in vielen Fragen zu

erreichen. Jetzt geht es darum, meinen sowieso schon sehr vollen Terminkalender etwas zu lüften, um Platz für die neuen wichtigen Termine für die Hanns-Seidel-Stiftung zu schaffen.

**Das Amt des Vorsitzenden der HSS ist bekanntlich ein Ehrenamt. Sie investieren viel zusätzliche Arbeit und Zeit, obwohl Sie als Europaabgeordneter in Brüssel/Straßburg schon stark „eingespannt“ sind. Was ist Ihre Motivation für den Stiftungsvorsitz?**

Der Vorsitz der Hanns-Seidel-Stiftung ist kein Amt, in das man drängt, sondern in das man berufen wird. Ich habe mich über das Angebot des Parteivorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Dr. Markus Söder, sehr gefreut. Die Hanns-Seidel-Stiftung als bürgerlicher Thinktank in Bayern ist eine Perle, die über ausreichend Strahlkraft verfügt, um daraus Weiteres zu schaffen. Dies neben meiner Arbeit als Europaabgeordneter machen zu können, ist eine große Herausforderung, aber zugleich auch eine große Ehre.

**Wie bringen Sie Stiftungsvorsitz und Abgeordneten-Tätigkeit unter einen Hut?**

”

Die Hanns-Seidel-Stiftung ist eine **PERLE**, die über ausreichend Strahlkraft verfügt, um daraus Weiteres zu schaffen.



Konferenzen müssen nicht immer nur ernst sein: Markus Ferber als Gastgeber der Hanns-Seidel-Stiftung.

Auch heute schon bin ich als einfacher Europaabgeordneter im Dienste der Stiftung an vielen Stellen unterwegs. Gerade auf europäischer Ebene, wo die internationalen Beziehungen das A und O sind, kann man viel für Bayern erreichen. Die Hanns-Seidel-Stiftung als bürgerlicher Thinktank lebt ja davon, dass wir – im Herzen Europas liegend – diesen internationalen und europäischen Austausch pflegen. Insofern gibt es sehr viele Synergieeffekte, die ich auch entsprechend nutzen will.

**Worin besteht Ihr persönlicher Bezug zur Stiftung?**

Ich kenne die Hanns-Seidel-Stiftung schon aus sehr jungen Jahren, bereits als Schüler habe ich erste Seminare der Stiftung besucht. Alles was ich im Bereich der Politik, aber auch der Rhetorik und Versammlungstechnik gelernt habe, habe ich mir in Seminaren der Hanns-Seidel-Stiftung angeeignet. Als Student habe ich das erste Radiostudio in Wildbad Kreuth aufgebaut und dort viele junge Menschen geschult, die somit für die neu entstandenen privaten Radiostationen bestens ausgebildet waren. Insofern habe ich eine jahrzehntelange Beziehung zur Hanns-Seidel-Stiftung, die jetzt natürlich mit dem Amt des Vorsitzenden gekrönt wird.



Ein **BÜRGERLICHER** Thinktank ist genau das, was wir in unserer Zeit benötigen.

**Sie sind Augsburger, der seit 1994 als Europaabgeordneter in Brüssel/Straßburg für Europa arbeitet. Die Stiftung hat ihren Verwaltungssitz in München. Sie kennen München gut, weil Sie hier an der Technischen Universität studiert haben. Die größte Gemeinsamkeit zwischen Brüssel und München? Und der größte Unterschied?**

Brüssel hat natürlich eine viel längere Geschichte als München, als Augsburger muss ich darauf hinweisen. Auf der anderen Seite haben schon die Wittelsbacher intensiven Kontakt nach Brüssel gepflegt, war doch Brüssel die Brücke in die damalige neue Welt. Und als Augsburger hat man zu Brüssel ganz besondere Beziehungen, denn schon die Fugger hatten ihre wichtigen Handelskontore in den damaligen spanischen Niederlanden und selbstverständlich auch eine Niederlassung in Brüssel.

**Sie sind Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik, also ein MINT-Absolvent. Das ist, wenn man die sonst gängigen Berufe bei Politikern betrachtet, eher selten. Ist ein naturwissenschaftliches Studium das richtige Studium für Politik- und Stiftungsbetrieb? Was sind die Vorteile, nicht Jurist oder Geisteswissenschaftler zu sein?**

Um die Wahrheit zu sagen, ich habe mein Studium nicht danach ausgerichtet, wo ich später einmal arbeiten könnte, sondern danach, wo ich meine besonderen Fähigkeiten sah und immer noch sehe. Mir hat mein Beruf sehr viel Spaß gemacht, als Ingenieur lernt man auch, komplexe Probleme zu lösen. Dies hilft auch in der Politik, auch hier hat man es oft mit komplexen Problemen zu tun. Auf der anderen Seite schadet es nicht, wenn Menschen mit naturwissenschaftlichen Kenntnissen im Politikbetrieb Verantwortung tragen. Keiner ist hier besser oder schlechter, sondern jeder kann etwas mit einbringen. Insofern habe ich kein Problem, studiert doch mein Sohn selber Jura und sind meine Geschwister alle Geisteswissenschaftler.

**Beenden Sie diesen Satz: Ohne die Hanns-Seidel-Stiftung würde ...**

...Bayern deutlich ärmer sein. Ein bürgerlicher Thinktank ist genau das, was wir in unserer Zeit benötigen.

**Die Hanns-Seidel-Stiftung macht Bayern...**

... wie vieles andere auch: zu einem ganz besonderen Platz.

**Welche Herausforderungen sehen Sie künftig auf die Stiftung vermehrt zukommen?**

Die Kernherausforderung wird sein, mit knappen Mitteln ein größtmögliches Spektrum abzudecken. Mit dem Institut für Politische Bildung, der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, dem Institut für Begabtenförderung, dem Institut für Internationale Zusammenarbeit sowie dem Institut für Europäischen und Transatlantischen Dialog sind wir hierfür gut aufgestellt. Die Strukturen stimmen. Mir geht es darum, Schwerpunkte zu setzen und noch stärker erkennbar zu machen, was der Mehrwert der Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung an den diversen Stellen unserer Aktivität ist.

**Wo wollen Sie Ihre persönlichen Akzente bei der Stiftungsarbeit setzen?**

Sie verstehen sicherlich, dass ich mir jetzt zunächst einmal, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung genau ansehen werde. Mein persönlicher Akzent wird sicherlich auf europäischen und internationalen Fragen liegen, hier liegen die großen Herausforderungen unserer Zeit und hier müssen wir politische Antworten geben.

Als Stiftung können wir den Parteien entsprechende Handlungsempfehlungen weitergeben, die Parteien müssen dann aber selbst entscheiden, ob sie diese Empfehlungen umsetzen.

**Und welche Akzente soll die Stiftung generell für Gesellschaft und Politik setzen?**

Wie schon gesagt, die Kernherausforderung wird sein, mit knappen Ressourcen Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen zu geben. Darüber hinaus hat eine Stiftung sicherlich auch die Aufgabe herauszufinden, wohin eine Gesellschaft sich entwickelt. Dafür Seismograf und Antwortgeber zu sein, ist sicherlich die größte Herausforderung.

**Welches unserer Seminare würden Sie empfehlen? Und warum?**

Ich empfehle dringend jedem die Rhetorikseminare der Hanns-Seidel-Stiftung. Ich habe dort selbst viel gelernt, was ich nicht nur politisch, sondern auch beruflich umsetzen konnte. Ich hatte nie Angst vor Vorstellungsgesprächen, die letztendlich auch nichts anderes sind als Partei-



Die **KERNHERAUSFORDERUNG** wird sein, mit knappen Ressourcen Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen zu geben.



Ich wünsche mir, dass wir unserem **AUFTRAG** der Förderung von **Demokratie, Frieden und Entwicklung stets gerecht werden.**

versammlungen. Meiner Meinung nach sollte heute jeder mindestens eine Rhetorikschulung durchlaufen.

#### Was war Ihr bisher am meisten bewegendes Ereignis in Ihrer Arbeit für die HSS?

Für mich war es sicherlich sehr bewegend, dass wir als Hanns-Seidel-Stiftung an mehreren Orten in Europa in der Transformationsphase beim Aufbau von Parteien mithelfen konnten, die heute etabliert und erfolgreich in ihren jeweiligen Ländern tätig sind. Unseren Beitrag dazu halte ich für eines der ganz bewegenden Erlebnisse.

#### Für unsere Stiftung wünsche ich mir ... oder: Ihr größter Wunsch für die Stiftung?

Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stiftung – unserem

Auftrag, nämlich der Förderung von Demokratie, Frieden und Entwicklung stets gerecht werden. Daran will ich arbeiten und hoffe, dass ich viel Unterstützung, nicht nur in der Stiftung, sondern auch bei den Menschen in Bayern finde.

**Die Fragen stellte Thomas Reiner, Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**



**/// MARKUS FERBER, MDEP ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München.**

/// Einführung

## POLITIK VOR ORT – KOMMUNALWAHLEN 2020

**RAMONA FRUHNER-WEISS ///** In unserer aktuellen Ausgabe der Politischen Studien dreht sich alles um die Kommunalwahl 2020: Am 15. März werden fast 40.000 kommunale Mandatsträger gewählt. In 2.056 bayerischen Gemeinden und 71 Landkreisen werden Gemeinde- und Stadtrat sowie der Kreistag mit ihrem jeweiligen Oberhaupt neu zusammengesetzt. Die Kommunen bilden die Basis aller politischen Ebenen, hier haben die vom Bürger direkt gewählten Mandatsträger den größten Einfluss auf Vorhaben direkt vor ihrer Haustüre.

Was wären die Gemeinden ohne Infrastruktur? Ohne Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Strom und Gas? Was wäre eine Stadt ohne Feuerwehr, Straßen, Wege, Plätze? Diese Themen sind für die Gemeinden Selbstverständlichkeiten, zählen sie doch zu den Pflichtaufgaben, die sie zu bewältigen haben. Daneben gibt es freiwillige Leistungen wie die Vernetzung von Vereinen oder dem Unterhalten von

Freizeiteinrichtungen. Dazu zählen beispielsweise der Bau von Turnhallen, Schwimmbädern, Volkshochschulen, Büchereien und Bürgerhäusern. Unterstützung erhalten die Gemeinden und Städte von den Landkreisen, welche Bauträger von Schulen, Krankenhäusern und Kreisstraßen sind. Darüber hinaus sorgen sie für Rettungsdienste, betreiben Jugendhilfe und sind für die Abfallbeseitigung zuständig.



Quelle: Christian Schwier / Fotolia.com

### Wer gewinnt die Wahl?

Durch die Kommunalwahl bestimmt der Wähler also ein Stück weit die Entwicklung seiner Heimat mit, genau das macht die Kommunen als politische Ebene so besonders. Die Gremien haben in Form von Gemeinde- / Marktgemeinde- / Stadtrat und Kreistag gestalterischen Einfluss direkt vor Ort.

In dieser Ausgabe werden Fragen zur Kommunalwahl besprochen und die wesentlichen Änderungen im Kommunalwahlrecht erläutert. Wer darf überhaupt wählen? Was macht die Kommunalwahl so besonders und wie wähle ich richtig? Welche Möglichkeiten gibt es, zu wählen? In all den Jahren haben sich die verschiedenen Wahlverfahren weiterentwickelt. Zur Kommunalwahl 2020 gibt es ein neues Sitzzuteilungsverfahren, das im ersten Beitrag näher erörtert wird.

Informationsaustausch und Kommunikation finden mehr und mehr auf sozialen Medien statt. Gerade für Kommunalpolitiker entwickelt sich der Dialog auf Social-Media-Kanälen zum unverzichtbaren Mittel des Wahlkampfes. Professor Markus Kaiser betont in seinem Beitrag die Bedeutung von Facebook, Instagram, Twitter, Whatsapp und Snapchat, aber auch die Wichtig-

**Social-Media-Plattformen sind heute UNVERZICHTBAR für den Wahlkampf.**

keit von Homepages als Visitenkarten und klassischen Medien wie Print, TV und Radio. Dabei verweist der Politikwissenschaftler und Journalist explizit auf die unterschiedlichen Zielgruppen, die es mit den einzelnen Plattformen zu erreichen gilt.

Die Kommunen in Bayern stehen immer wieder vor neuen Herausforderungen und Problemen. Im entsprechenden Beitrag berichtet der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, über die alltäglichen Hürden in der Praxis. Dabei wird vor allem eines klar: Entscheidend für Investitionen ist die Finanzlage. Viele Baustellen konnten in den vergangenen Jahren aufgrund einer guten wirtschaftlichen Entwicklung vorangetrieben werden. Hohen Einnahmen durch beispielsweise steigende Steuer- und Umlagekraft standen auch hohe Ausgaben, bedingt durch die Flüchtlingswelle oder Investitionen in Sozialleistungen, gegenüber.

Nach wie vor ist das Thema „Pflege und Gesundheit“ in den Regionen ein Sorgenkind. Der Erhalt der flächendeckend medizinischen Grundversorgung ist gefährdet. Auch hier macht sich der Fachkräftemangel bemerkbar. Der Schlüssel liegt in der zu kurz greifenden finanziellen Unterstützung, die gerade für Grundversorgungskrankenhäuser so wichtig wäre. Aber nicht nur die medizinische Versorgung, sondern auch der Breitband- und Mobilfunkausbau müssen flächendeckend gesichert werden. Digitalisierung ist für wirtschaftlichen Fortschritt unerlässlich, Funklöcher und Versorgungslücken sind in noch immer vielen Regionen ein Armutszeugnis. Ob bei Behördengängen oder in den Schulen – Digitalisierung 2.0 heißt das Zeitalter der Zukunft. Beim Thema Mobilität gehen der Aus-

bau des Schienenverkehrs auf der einen Seite mit dem Ausbau der Straßeninfrastruktur für den PKW-Verkehr einher. Christian Bernreiter appelliert vor allem an den gesellschaftlichen Zusammenhalt und an eine gewisse Kompromissbereitschaft statt fortdauernder Forderungen, um am Ende die hohe Lebensqualität sichern zu können.

Das derzeit wohl omnipräsente Leitthema in nahezu allen Kommunen scheint zweifelsfrei die Schaffung von Wohnraum zu sein. Bezahlbar soll die-

**Neuer WOHNRAUM muss nachhaltig, bedarfsgerecht und bezahlbar sein.**

ser sein, aber auch nachhaltig und bedarfsgerecht. In Zeiten von demografischem Wandel, in Zeiten von Abwanderung aus ländlichen Räumen und Zuwanderung in Ballungsgebiete, in Zeiten von Klimawandel und Artenschutz stellen Mathias Simon und Dr. Franz Dirnberger zehn Forderungen an die Politik, um langfristig das Thema „Wohnraumknappheit“ unter diversen Gesichtspunkten lösen zu können. Dabei verweisen der Verwaltungsdirektor des Bayerischen Gemeindetags und sein Geschäftsführendes Präsidialmitglied auf die verschiedenen Anforderungen, die das Thema Wohnen und Bauen berücksichtigen sollte.

Dass Ökonomie auch mit Ökologie vereinbar ist, zeigt sich mit einem Blick in das nordöstliche Oberallgäu. Hier hat die Gemeinde Wildpoldsried weltweites

Ansehen erlangt. Bürgermeister Arno Zengerle beschreibt den Werdegang seiner Gemeinde von ersten Wasserkraftwerken Anfang der 90er-Jahre über Biogasanlagen hin zu Windrädern und Photovoltaik. Ein stets wichtiger Baustein zur Akzeptanz dabei ist die Bürgerbeteiligung. Aber nicht nur die Produktion erneuerbarer Energien, sondern auch Themen wie Stromsparen und effiziente Technik stehen neben Regionalität, der Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort und innovativen Nachhaltigkeitsprojekten im Fokus. Gebaut wird grundsätzlich mit Holz, jedes Gebäude wird technisch unabhängig errichtet. In Wildpoldsried steht ein ganzes Energie-Konzept im Hintergrund, das auch den Naturschutz nicht zu kurz kommen lässt. Damit ist es für Bürgermeister Arno Zengerle nicht genug, er unterstützt darüber hinaus Projekte in Afrika, gibt das Wissen der Gemeinde weiter und betreibt mit „Hilfe zur Selbsthilfe“ bedarfsgerechte Entwicklungshilfe.

2020 werden so viele neue Bürgermeister gewählt wie schon lange nicht mehr. In den Städten Nürnberg und Regensburg gibt es zwangsläufig eine Neu-

besetzung der Rathauschefs und auch in Augsburg und München dürfte die Wahl spannend werden. Das Highlight der bevorstehenden Kommunalwahl? Eines ist klar: Am Ende entscheiden die Wähler. Und die Entscheidung wird nicht nur danach ausfallen, welche Themen die Personen und Gruppierungen besetzen, sondern auch wie sie sich im Wahlkampf präsentieren und an welche Zielgruppen sie sich richten. Die Kommunalwahl 2020 verspricht jedenfalls spannend zu werden. Nervenkitzel ist vorprogrammiert.... ///



/// **RAMONA FRUHNER-WEISS**

ist Leiterin des Referats Kommunales, Ehrenamt, Rhetorik des Instituts für Politische Bildung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Mitsprache für den Bürger

## DIE KOMMUNALWAHL IN BAYERN

**RAMONA FRUHNER-WEISS** /// Bei der Kommunalwahl am 15. März 2020 werden bayernweit 39.500 kommunale Mandatsträger gewählt. In den 2.056 Gemeinden die Ersten Bürgermeister und Oberbürgermeister mit Gemeinde-, Marktgemeinde- und Stadtratsmitgliedern, in den 71 Landkreisen jeweils die Landräte und Kreisräte. Hier ist der Bürger gefragt.

Das Besondere an der Kommunalwahl ist, dass hier nicht allein die Wahl von Parteilisten im Vordergrund steht, sondern Persönlichkeiten gewählt werden. Die Parteipolitik spielt eher eine untergeordnete Rolle. Zwar gibt es Wähler, die grundsätzlich nur ihr Listenkreuz machen, viele Wähler jedoch machen von ihrem Recht zu panaschieren (einzelne Personen quer durch alle Listen wählen) und kumulieren (Stimmenhäufung) Gebrauch. Auch können einzelne Kandidaten einer Liste gestrichen werden, wenn man diese nicht im Gemeinderat oder Kreistag haben möchte. Wie genau das funktioniert, soll später noch erläutert werden.

**Kommunalwahlen sind vor allem  
PERSÖNLICHKEITSWAHLEN.**

**Wer ist „wahlberechtigt“?**

Bei der Kommunalwahl gibt es wie bei allen anderen Wahlen ein aktives und ein passives Wahlrecht. Das aktive Wahlrecht befähigt zum aktiven Wählen. Es obliegt in Bayern grundsätzlich jedem EU-Bürger mit Vollendung des 18. Lebensjahres, der seit mindestens



Quelle: Alessandra Schellnegger / SZ Photo Creative / mauritius images

**Wählen bedeutet auch mitbestimmen und mitgestalten. Die Stimmabgabe erfolgt immer geheim.**

zwei Monaten im Wahlkreis seinen Lebensmittelpunkt hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist (Art. 1 GLKrWG). Es gibt auch einige Bundesländer, in denen das aktive Wahlrecht bereits mit Vollendung des 16. Lebensjahres gegeben ist, z. B. in Baden-Württemberg. Beim passiven Wahlrecht kann eine Person von den Wahlberechtigten in ein Mandat gewählt werden. Dafür ist es notwendig, dass man mindestens seit drei Monaten einen Haupt- oder Nebenwohnsitz in der jeweiligen Kommune hat und kein richterlicher Beschluss dem Vorhaben entgegensteht (Art. 21 GLKrWG).

#### Wann und wo wird gewählt?

Je nach Bundesland finden die Kommunalwahlen in einem festgelegten Turnus statt. So wird in Bayern seit 1960 alle sechs Jahre gewählt, davor betrug der Turnus vier Jahre. Dadurch unterscheidet sich Bayern von den anderen Bundesländern, in denen die Kommunalwahl alle fünf Jahre stattfindet. Ein Wahlgebiet (Gemeinde oder Landkreis) wird in Stimmbezirke mit maximal 2.500 Einwohnern aufgeteilt. Jeder Stimmbezirk bekommt von der Gemeinde ein eigenes Wahllokal zugewiesen.

Jeder wahlberechtigte Bürger erhält spätestens drei Wochen vor der Kommunalwahl (23. Februar 2020, § 16 GLKrWO) eine Wahlbenachrichtigung. Mit dieser kann er am Wahltag zwischen 8 und 18 Uhr in das für ihn zuständige Wahllokal gehen. Alternativ kann im Vorfeld ein Wahlschein mit Briefwahlunterlagen beantragt werden, z. B. mithilfe des auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung abgedruckten Formulars. Entsprechende Anträge müssen grundsätzlich spätestens zwei Tage vor der Wahl, konkret also am 13.

März 2020, 15 Uhr, bei der Gemeinde vorliegen. Der Wahlbrief muss spätestens am Sonntag, 15. März um 18 Uhr, beim Wahlamt der Gemeinde eingehen.

#### Wer wird gewählt?

Es finden bis zu vier Wahlen an einem Tag statt:

- Wahl des Bürgermeisters (gelber Zettel),
- Wahl des Landrats (hellblauer Zettel),
- Wahl der Gemeinde-, Marktgemeinde- und Stadträte (hellgrüner Zettel) sowie
- Wahl der Kreisräte (weißer Zettel).

Nicht alle Bürgermeister und Landräte werden am 15. März 2020 gewählt. Durch vorzeitiges Ausscheiden bzw. einen Rücktritt vom Amt kann es zu außerturnusmäßigen Neuwahlen kommen. 2014 waren es z. B. 58 der 71 Landräte und 1.881 der 2.056 ersten Bürgermeister / Oberbürgermeister, die regulär gewählt wurden.

#### Wahl von Bürgermeister und Landrat

Die Wahl des Bürgermeisters ist relativ übersichtlich. Sofern nur ein Bürgermeister vorgeschlagen wird, kann man diesen Kandidaten durch ein entsprechendes Kreuz wählen oder alternativ noch eine andere wählbare Person handschriftlich in das zweite Kästchen schreiben. Die Mehrheit bedeutet in diesem Fall, dass mindestens 50 % aller gültigen Stimmen mit „JA“ und damit für den einen zur Verfügung stehenden Bürgermeister gestimmt haben. Unüblich, aber möglich ist auch, dass kein gültiger Wahlvorschlag vorliegt. In diesem Fall ist handschriftlich eine wählbare Person einzutragen.

Weit verbreitet und damit der Regelfall ist es, dass mehrere Wahlvorschläge vorliegen. In diesem Fall hat man eine

**In BAYERN wird mit dem Bürgermeister auch der Gemeinde-, Stadt- und Kreistag gewählt.**

Stimme, kann also einen Kandidaten wählen. Erhält keiner der antretenden Kandidaten die absolute Mehrheit, also mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, gibt es 14 Tage später eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen. Im zweiten Wahlgang gewinnt letztlich der Kandidat, der mehr Stimmen erlangt (relative Mehrheit).

Bayern ist neben Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, in dem die Wahl des Bürgermeisters mit der Wahl des Gemeinde- / Marktgemeinde- / Stadt- / Kreistags zusammenfällt. Die Amtsdauer variiert je nach Bundesland von 5 bis zu 10 Jahren im Saarland.

Die Wahl des Landrats verläuft analog zur Bürgermeisterwahl. Das Höchstalter für berufsmäßige Bürgermeister und Landräte wird mit der Kommunalwahl 2020 von 65 auf 67 Jahre heraufgesetzt und beginnt mit der Volljährigkeit. In der Regel erhalten bei der Kommunalwahl ein Drittel der Städte und Gemeinden einen neuen Bürgermeister. Laut Bayerischem Gemeindetag dürften es diesmal sogar etwas mehr als die Hälfte sein.

**Wahl von Kreistag, Stadt-, Marktgemeinde- und Gemeinderat**

Im Gemeinderat bzw. Kreistag zu sitzen, ist ein Ehrenamt, für das üblicherweise

eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird. Diese wird in der jeweiligen Kommunalstatute festgelegt.

**Anzahl der Gemeinde- bzw. Stadträte**

Wie viele ehrenamtliche Räte eine Gemeinde bzw. ein Landkreis erhält, hängt von der Bevölkerungszahl ab. (Tabellen 1 und 2)

Fällt die Einwohnerzahl einer Gemeinde in eine andere Zahlengruppe, so gilt die Neuvergabe der Mandate erst für die übernächste Wahlperiode. In größeren Gemeinden kann der Gemeinderat zudem berufsmäßige Ratsmitglieder wählen. Diese „kommunalen Wahlbeamte auf Zeit“ üben nur beratende Funktionen aus und haben selbst kein Stimmrecht.

**Wahlvorschläge**

Wahlvorschläge werden in Aufstellungsversammlungen durch Nominierung der Kandidaten in geheimer Abstimmung aufgestellt. Die Wahlvorschläge müssen bis zum 23. Januar 2020, 18 Uhr (am 51. Tag vor der Wahl), bei der Gemeinde eingereicht werden und werden dann bekannt gegeben. Neben den Listen, die die einzelnen Parteien aufstellen, können auch zwei oder mehrere Wahlvorschlags-träger gemeinsam einen Wahlvorschlag, also zum Beispiel eine gemeinsame Gemeinderatsliste oder einen gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten, aufstellen.

**Die Kandidaten werden in GEHEIMER Abstimmung nominiert und aufgestellt.**

**Tabelle 1: Anzahl der Gemeinde- bzw. Stadträte**

Gemeinden mit ... Einwohnern	Anzahl der ehrenamtlichen Räte
Bis zu 1.000	8
1.001 bis zu 2.000	12
2.001 bis zu 3.000	14
3.001 bis zu 5.000	16
5.001 bis zu 10.000	20
10.001 bis zu 20.000	24
20.001 bis zu 30.000	30
30.001 bis zu 50.000	40
50.001 bis zu 100.000	44
100.001 bis zu 200.000	50
200.001 bis zu 500.000	60
Stadt Nürnberg	70
Landeshauptstadt München	80

Quelle: eigene Darstellung

**Tabelle 2: Anzahl der Kreisräte**

Landkreise mit ... Einwohnern	Anzahl der ehrenamtlichen Räte
Bis zu 75.000	50
75.001 bis zu 150.000	60
150.001 und mehr	70

Quelle: eigene Darstellung

„Kumulieren“ und „Panaschieren“:  
richtig wählen

Da oftmals die Möglichkeiten des Wählens unklar sind bzw. nicht ausgeschöpft werden, sollen hier die verschiedenen Optionen und das Wahlsystem der Kommunalwahl näher erörtert werden. In Bayern hat sich das Verhältniswahlsystem etabliert, d. h. alle Parteien sind nach dem Anteil der Wählerstimmen im Gemeinderat oder Kreistag vertreten. Im Unterschied zur Mehrheitswahl gehen keine Stimmen verloren.

Bei der Wahl der Gemeinderäte und Kreistage kann jeder Wähler so viele Stimmen vergeben, wie es Sitze im jeweiligen Gremium gibt. Das Besondere an der bayerischen Wahl des Gemeinde-

bzw. Stadtrats ist, dass nicht wie bei der Landtags- oder Bundestagswahl eine komplette Liste gewählt werden kann. Es handelt sich vielmehr um eine Persönlichkeitswahl, bei der der Wähler auch einzelne Personen von verschiedenen Listen (Panaschieren = Stimmen verteilen), oder aber eine komplette Liste durch Vergabe eines Listenkreuzes wählen kann. Einzelne Personen können bis zu drei Stimmen pro Wähler erhalten (Kumulieren = Stimmen häufeln). Diese Wahlart wird als „Listen- und Personenwahl“ bezeichnet.

Beispielhaft sollen im abgebildeten Musterstimmzettel verschiedene Möglichkeiten des Wählens ausgeschöpft werden.

Die maximal zu vergebende Zahl der Stimmen steht oben auf dem Stimmzettel. Diese darf auf keinen Fall überschritten werden, ansonsten ist der Stimmzettel ungültig. In unserem Beispiel hat der Wähler 20 Stimmen. Der Wähler hat im Musterstimmzettel den Kandidaten mit der Nummer 102, 111, 201 und 202 jeweils 3 Stimmen gegeben. Damit hat er bei insgesamt 20 Stimmen noch 8 übrig. Diese verteilt er, indem der Wähler der Kandidatin Nr. 502 2 Stimmen, der Nr. 103 und der Nr. 205 jeweils 1 Stimme gibt. Ob er dabei eine „1“ oder ein „Kreuz“ einsetzt, ist Geschmackssache. Es bleiben 4 Reststimmen. Da der Wähler keine Stimme verschenken will, macht er zudem ein Listenkreuz bei der Partei A. Damit werden die Kandidaten dieser Liste, die bislang von ihm noch keine Stimme erhalten haben, der Reihe nach von oben nach unten mit jeweils 1 Stimme solange berücksichtigt, wie restliche Stimmen zu vergeben sind. Da der Wähler Kandidatin 104 allerdings keine Stimme geben möchte, streicht er diese. Es erhalten also durch das Listenkreuz die Kandidaten 101, 105, 106 und 107 jeweils noch 1 Stimme.

Insgesamt haben also die Partei A vom Wähler 11 Stimmen, die Partei B vom Wähler 7 Stimmen und die Partei E vom Wähler 2 Stimmen erhalten. Diese „Parteistimmen“ finden letztlich bei der Sitzverteilung ihre Berücksichtigung.

Wann wird ein Stimmzettel ungültig?

Gibt der Wähler einen leeren Stimmzettel ab oder vergibt mehr Stimmen als erlaubt sind, so ist der Stimmzettel ungültig. Auch wenn Kommentare oder Zeichnungen auf dem Stimmzettel gemacht wurden, wird der Stimmzettel

Der Wähler **KANN** bei der Stimmvergabe panaschieren oder kumulieren.

nicht mehr für die Auszählung verwendet. Ebenfalls nicht erlaubt ist es, einem Kandidaten mehr als drei Stimmen zu geben, allerdings wird dadurch der Stimmzettel nicht ungültig.

Das aktuelle Sitzzuteilungsverfahren

Es gibt verschiedene Verfahren, mit denen die Gemeinderatssitze auf die Parteien und Wählergruppen verteilt werden. Bis einschließlich 2008 wurde bei den allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen zur Berechnung die Sitzverteilung nach D'Hondt angewandt. Beim Verfahren nach D'Hondt werden die summierten Stimmen für eine Partei jeweils durch ganze Zahlen (bis zur vergebenden Sitzzahl) geteilt. Da dieses Verfahren sehr ähnlich dem aktuell zum Einsatz kommenden Verfahren nach Saint-Laguë/Schepers ist, soll an dieser Stelle auf eine beispielhafte Berechnung verzichtet werden.

Als wesentliche Nachteile des D'Hondtschen Verfahrens sind zu vermerken, dass die absolute Mehrheit (an Wählerstimmen) bei der Sitzvergabe verloren geht, sodass Parteien mit deutlich weniger Wählerstimmen theoretisch die gleiche Anzahl an Sitzen erhalten können. Dann nämlich, wenn die anderen Parteigruppierungen sehr wenige Stimmen erhalten haben. Dieses Verteilungsverfahren bevorzugte also große Parteien gegenüber kleinen in der Stimmverteilung.

Stimmzettelmuster für die Wahl des Gemeinderats, \* wenn mehrere gültige Wahlvorschläge vorliegen

Anlage 3 (zu §§ 30 bis 32 GLKrWO)

Die Farbe ist weiß oder weißlich. Sind Wahlen verbunden, bestimmt das Landratsamt die Farbe.

Jede Wählerin und jeder Wähler hat ... 20 ... Stimmen.  
Keine Bewerberin und kein Bewerber darf mehr als 3 Stimmen erhalten, auch dann nicht, wenn sie oder er mehrfach aufgeführt sind.

(Aufdruck des Gemeindegieles)

Stimmzettel zur Wahl des Gemeinderats in am

Wahlvorschlag Nr. 1	Wahlvorschlag Nr. 2	Wahlvorschlag Nr. 3	Wahlvorschlag Nr. 5
<p><b>Partei A</b></p> <p>101 Burghauer Fritz, Kaufmann, Gemeinderatsmitglied * 102 Schröder Heike, selbständige Kauffrau 103 Dr. Müller Georg, Arzt, Kreistag 104 <del>Stark Renate, Gastwirtin, Kreistag</del> 105 Böhm Andreas, Kaufmann, Stellvertreter des Landrats 106 Alexander Stavros, Kraftfahrer 107 Schenkel Hans, Vertreter 108 Almer Karin, Dipl.-Verwaltungswirtin (FH), Ergänzungsamtleiterin 109 Stangl Josef, Dipl.-Volkswirt, Versicherungsvertreter 110 Moser Franz sen., Techniker 111 Obermüller Paula, Hausfrau 112 Haber Franz, Bankangestellter, Bezirksrat 113 Sauer Hermann, Installateur</p>	<p><b>Partei B</b></p> <p>201 Dr. Straßer Maria, Professorin 202 Weitz Karl, Bauarbeiter, zweiter Bürgermeister, Kreistag 203 Leroux Marie, Innenarchitektin 204 Brandt Johann jun., Schlosser 205 Palm Ida, Hausfrau 206 Delmot Charlotte, Studentin 207 Glutz Georg, Metzgermeister</p>	<p><b>Partei C</b></p> <p>301 Nicklas Isolda, Buchhändlerin, Mitglied des Landtags 302 Bala Max, Fabrikant, Kreistag 303 Engfert Kurt, Kaufmann 304 Lambertswal Gabriella, Übersetzerin 305 Kerner Wilhelm, Autohändler 306 Schneek Max, Kaufmann 307 Vollberg Anna, Angestellte 308 Veit Hermann, Rechtsanwalt 309 Melchior Georg, Studienrat, Kreisheimatpfleger 310 Jansen Gottfried, Dipl.-Ingenieur, Bauleiter 311 Trautmann Karola, Angestellte</p>	<p><b>Wählergruppe E</b></p> <p>501 Lempert Fritz, Uhrmacher, Gemeinderatsmitglied 502 Wagner Rosa, Photographin 503 Offner Hans, Pensionist, Archivpfleger 504 Gugler Maria, Bibliothekarin, Kreistätin 505 Bradford Mary, Kirchenrätin</p>

Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Anlage 3, eigene Darstellung

**Bei der Kommunalwahl 2020 kommt das neue Sitzzuteilungsverfahren nach SAINT-LAGUË zur Anwendung.**

lung, die Prozentzahlen gaben also nicht eindeutig die Sitzverteilung wieder.

Zur Kommunalwahl 2014 wurde das Proporzverfahren nach Hare/Niemeyer, auch bekannt als Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten

Bruchteilen, eingesetzt. Dieses wurde erstmals bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 angewandt. Dabei werden die Stimmen einer Partei mit der Anzahl der zu vergebenden Sitze multipliziert und durch die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen dividiert. Es entsteht daraus eine Quote, die Nachkommastellen werden erst einmal nicht berücksichtigt (es wird also mathematisch gesprochen „abgerundet“). Diese Quote entspricht der Anzahl an Sitzen. Die restlichen Sitze werden im zweiten Schritt in der Reihenfolge der größten Nachkommastellen zugeteilt.

Für die Kommunalwahl 2020 kommt mit dem Verfahren nach Saint-

**Tabelle 3: Stimmenvergabe nach Saint-Laguë/Schepers**

	A	B	C	D	E
<b>Gesamtstimmen</b>	2.791	981	1.510	2.398	320
<b>Teiler</b>					
<b>:1</b>	2.791	981	1.510	2.398	320
<b>Sitz Nr.</b>	1	4	3	2	13
<b>: 3</b>	930	327	503	799	107
	5	12	8	6	
<b>: 5</b>	558	196	302	480	64
	7		15	9	
<b>: 7</b>	399	140	216	343	46
	10		19	11	
<b>: 9</b>	310	109	168	266	36
	14			16	
<b>: 11</b>	254	89	137	218	29
	17			18	
<b>: 13</b>	215	75	116	184	25
	20				
<b>Sitze im Gemeinderat</b>	7	2	4	6	1

Quelle: eigene Darstellung

Laguë/Schepers ein neues Sitzzuteilungsverfahren zum Tragen. Listenverbindungen, die lediglich unter D’Hondt für die beteiligten Parteien einen Vorteil erwarten ließen, wurden mit dem Wechsel zu Saint-Laguë abgeschafft. Das Saint-Laguë-Verfahren, auch bekannt als Divisionsverfahren mit Standardrundung wurde erstmals bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 angewandt.

Zur besseren Veranschaulichung soll mit folgendem Beispiel das aktuelle Verfahren nach Saint-Laguë/Schepers erklärt werden: Es gibt 20 Sitze für einen Gemeinderat, die auf 3 Parteien (A, B und C) und 2 Wählergruppen (D und E) aufgeteilt werden sollen. Bei der Wahl wurden 8.000 gültige Stimmen abgegeben. Diese sollen nun auf die 20 Sitze umgerechnet werden.

Die Stimmen der Parteien werden bei diesem Verfahren zunächst durch ungerade Zahlen dividiert und in einem zweiten Schritt die Sitze der Reihenfolge nach von 1 bis 20 (grüne Zahlen) der Reihe nach den höchsten Zahlen zugeteilt. (Tabelle 3)

Sofern sich bei den letzten zu verteilenden Sitzen zwei oder mehr gleiche Teilungszahlen ergeben würden, bekäme der Wahlvorschlagsträger den Sitz, der insgesamt mehr Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Saint-Laguë/Schepers gilt als ein Verfahren, bei dem die Rundungen rein zufällig erfolgen, d. h. es werden weder große noch kleine Parteien bevorzugt.

Kommunalparlamente sind ein Spiegel der Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, dass möglichst jede Gesellschaftsgruppe wählen geht. Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung und wenn breite Gesellschaftsgruppen bereit sind, sich aktiv als Bewerber zur Verfügung zu stellen, können möglichst ver-

schiedene Interessen im Gemeinde- / Stadtrat und Kreistag vertreten werden. Auf keiner politischen Ebene sind die Möglichkeiten so gut, sich selbst über Parteien und Wählergruppen zu engagieren. Ob passiv oder aktiv, am 15. März 2020 haben Sie die nächste Gelegenheit – nutzen Sie sie! ///



**/// RAMONA FRUHNER-WEISS**

ist Leiterin des Referats Kommunales, Ehrenamt, Rhetorik des Instituts für Politische Bildung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

**Weitere Informationen zum Wahlrecht gibt es hier:**

- Verbandszeitschrift Bayerischer Gemeindetag Gaß, BayGT 4/2018, S. 120 und BayGT 10/2019, S. 332
- Welsch, KommP BY 2019, S. 166
- Bundeszentrale für Politische Bildung, www.bpb.de
- <https://www.stmi.bayern.de/suv/wahlen/gemeindekreis/index.php>
- <https://www.wahlrecht.de/verfahren/>
- <https://www.bundeswahlleiter.de/>

/// Medienwandel im Kommunalwahlkampf

## VOM WAHLPLAKAT ZU SOCIAL MEDIA

**MARKUS KAISER** /// Ein Stand in der Fußgängerzone, Haustürwahlkampf, Plakate, Internetseite und soziale Netzwerke: Der Aufwand für Kommunalpolitiker im Wahlkampf wird immer größer. Durch den medialen Wandel werden traditionelle Wahlkampfinstrumente aber nicht abgelöst. Indem Politiker und Parteien Weblogs und Social-Media-Kanäle bespielen, können sie die Bürger jedoch direkt erreichen.

### Das Social Web als Dialogmedium

Aus dem Wahlkampf für die Kommunalwahl am 15. März 2020 sind die Social-Media-Auftritte der Oberbürgermeister- und Bürgermeisterkandidaten nicht mehr wegzudenken. Auch Stadträ-

te und selbst zahlreiche Gemeinderäte sind mittlerweile in sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und Twitter aktiv, um ihre Bürger zu erreichen. Der Bayerische Rundfunk prophezeite in einem Beitrag deshalb: „Soziale Medien sind für den Stimmenfang wichtiger denn je.“<sup>1</sup>

Die Profile werden zudem immer professioneller bespielt. Es genügt nicht mehr, Fotos von Terminen zu veröffentlichen, auf denen man als Lokalpolitiker am Wochenende beim Sportverein, bei Karnevalssitzungen oder am Infostand in der Stadt zu sehen ist. Die Wähler erwar-

**Soziale Medien sind im Wahlkampf  
UNVERZICHTBAR.**

**DR. MARKUS SÖDER**

14. Oktober 2018

## Modernes Leben

Schnelles Internet und  
Mobilfunk für jeden

**BAYERN MACHT'S!**

**CSU**

Wahlplakate und Wandzeitungen haben auch im digitalen Zeitalter noch nicht ausgedient ...

ten, dass Politiker sie in den sozialen Netzwerken ernst nehmen und mit ihnen diskutieren. Daneben wird es auch im Kommunalwahlkampf in größeren Städten bezahlte Werbe-Postings von Parteien geben, die der Bayerische Rundfunk als „sehr intransparent“ kritisiert hat.<sup>2</sup>

### Netzwerke und ihre Wirkung

Doch im Social Web geht es nicht in erster Linie um eine Einbahnstraßen-Kommunikation nach dem traditionellen Sender-Empfänger-Modell aus den Kommunikationswissenschaften: Hier der Politiker, der seine Botschaft auf Facebook den Usern zuwirft. Dort der Wähler, der die Information empfängt und kommentarlos hinnimmt. Das Social Web ist ein Dialogmedium und das ist der fundamentale Unterschied zum Web 1.0. Wer sendet, muss auch bereit

sein für einen Diskurs, also selbst wieder auf Kommentare reagieren und Dialoge führen. Neben „user generated content“, also vom Nutzer selbst erstellten Inhalten, ist der Dialog das bedeutendste Merkmal für Social Media.

Zwei soziale Netzwerke spielen für diesen Wahlkampf eine herausragende Rolle: Facebook und Instagram. Die beiden Netzwerke aus dem Imperium von Mark Zuckerberg haben bei der deutschen Bevölkerung die mit Abstand höchste Reichweite. Laut ARD/ZDF-Onlinestudie aus dem Jahr 2019 sind 31 % der Gesamtbevölkerung mindestens wöchentlich auf Facebook, 19 % auf Instagram. Facebook stagniert aber seit Jahren bzw. ist im Vergleich zu 2017 leicht rückläufig, während Instagram von 9 % im Jahr 2017 über 15 % 2018 auf 19 % 2019 zugelegt hat.<sup>3</sup>

Twitter spielt auf kommunaler Ebene eher eine untergeordnete Rolle. Während sich das Netzwerk in den USA durch die intensive Nutzung von US-Präsident Donald Trump in der öffentlichen Wahrnehmung stark durchgesetzt hat, fristet es in Deutschland ein Nischendasein für Wirtschaftsvertreter, Politiker und Journalisten, allerdings überwiegend auf Bundes- und auf Landesebene.

Eine höhere Reichweite verspricht hier sogar Snapchat mit rund 7 % Nutzung in der Gesamtbevölkerung.<sup>4</sup> Das Netzwerk, das lange Zeit als Netzwerk von Jugendlichen galt, ist inzwischen deutlich erwachsener geworden; die User haben zumindest zum Teil ihren 18. Geburtstag gefeiert und sind somit wahlberechtigt. Die noch jüngere Generation nutzt inzwischen verstärkt TikTok. Auf Snapchat lassen sich allerdings politische Inhalte, vor allem in klassischer Form wie auf Facebook, schlechter transportieren. Es würde nicht authentisch wirken, wenn Kandidaten jenseits des Snapchat-Alters den Kanal für ihren Wahlkampf nutzen würden.

### Als **MITTEL** eignen sich die sozialen Netzwerke Facebook und Instagram.

Erfolgreich sind im Social Web vor allem die Politiker, die auch auf den Fanpages und Profilen von anderen Politikern mitdiskutieren, sich in Diskussionen in Facebook-Gruppen einmischen und unter einem schönen Bild von Ver-

eins-Accounts einen Kommentar abgeben. Nur um sein eigenes Profil zu kreieren, verspricht dagegen deutlich weniger Reichweite. Als besonders erfolgreich zeigen sich hier vor allem die Kommunalpolitiker, die ihre Accounts nicht erst für den Wahlkampf angelegt haben, sich in den vergangenen sechs Jahren bereits eine Community aufgebaut und Stück für Stück die Mechanismen des Social Web kennengelernt haben. Diese halten auch einem Shitstorm relativ gut stand. Schließlich haben sie inzwischen relativ viele Freunde bzw. Follower, die sie auch bei kritischen Kommentaren nicht im Stich lassen und verteidigen, ohne dass der Politiker selbst eingreifen muss.

Beim Social-Media-Auftritt geht es nicht darum, wie auf Ehrungsbildern in einer Lokalzeitung, möglichst oft auf Fotos abgebildet zu sein. Ganz im Gegenteil kann es ein erfolgreiches Rezept sein, dass der Politiker den Wähler hinter die Kulissen blicken lässt und ihm seine Standpunkte erläutert. Vor allem will der Wähler, dass der Kandidat ansprechbar ist. Soziale Netzwerke sind im Idealfall weniger wie eine Tageszeitung, sondern mehr wie eine Bürger-sprechstunde, wenn man Begriffe aus der analogen Welt verwenden will.

Die Social-Media-Konzepte im Wahlkampf 2020 unterscheiden sich nicht nur je nach Partei. Noch größer sind die Unterschiede, ob jemand als Landrat, Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt, für den Kreistag oder für den Stadtrat bzw. Gemeinderat kandidiert. Während Berufspolitiker bereits relativ viel Zeit und Engagement in ihre Social-Media-Aktivitäten investieren und diese auch auf den Wahlkampf ausrichten, nutzen zahlreiche Kandidaten für den Gemeinderat ihre eigenen priva-

ten Profile. Dort mischen sich dann Urlaubsfotos, Bilder vom Mittagessen und den eigenen Haustieren mit nur wenigen politischen Posts, was aufgrund der großen Bedeutung eines authentischen Auftritts kein Nachteil für den Wahlkämpfer sein muss.

Kandidaten, die sich für die Liste im Gemeinderat aufstellen lassen, gehen ihre Social-Media-Aktivitäten aber teils unbeholfen und ängstlich an. Nicht zuletzt sorgen sich einige vor Angriffen von Trollen und Extremisten. „Gerade die AfD ist aber auf Social Media sehr erfolgreich. Forscher Simon Hegelich zufolge liegt das an den hohen Reichweiten, die normale Posts der AfD erzielen. Anhänger der AfD sind im Durchschnitt aktiver auf Social Media – und spielen damit die Zahlen in die Höhe“, beschreibt es der Bayerische Rundfunk.<sup>5</sup>

Nicht unterschätzt werden im Kommunalwahlkampf darf der Messenger-Dienst WhatsApp. Nach der ARD/ZDF-Onlinestudie ist die Reichweite noch einmal deutlich höher als bei Facebook. Allerdings lassen sich durch das Netzwerk und durch den Messenger völlig unterschiedliche Ziele und Zielgruppen erreichen. Bei WhatsApp sind dies all diejenigen, die die Handynummer des Kommunalpolitikers in ihrem Smartphone gespeichert haben. Das heißt, durch WhatsApp lässt sich eine Mobilisierung zum Beispiel des eigenen Ortsverbands für den Wahlkampf erreichen oder man kann sich mit Kandidaten anderer Städte über gegenseitige Unterstützung austauschen.

Noch immer sind die Social-Media-Auftritte der Bürgermeisterkandidaten auch Gegenstand der Berichterstattung von Heimatzeitungen. Das heißt, das jeweilige Profil wird von der Redaktion im Printprodukt vorgestellt und bewertet.

So hat zum Beispiel die Nürnberger Zeitung in einer Serie über die Facebook-, Twitter- und Instagram-Auftritte der Oberbürgermeisterkandidaten aus Nürnberg ausführlich berichtet. In kleineren Städten sah dies bei anderen Zeitungen nicht anders aus.

### Die lokalen **PRINT-MEDIEN** thematisieren und bewerten die Online-Auftritte der örtlichen Kandidaten.

### Mit Weblog und YouTube kommunizieren

Soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram können für eine enorme Reichweite sorgen, die deutlich höher ist als die bei einer Veranstaltung im Nebenraum einer Gaststätte. Allerdings bleibt auf Facebook, Twitter und insbesondere Instagram relativ wenig Platz, seine Wahlkampfthemen ausführlich zu erläutern. Hierfür bieten sich Weblogs an, die dank eines Redaktionssystems (Content-Management-System) relativ einfach zu bedienen sind. Der am Markt größte Anbieter für Blog-Software ist Wordpress, womit man sich auch als Kandidat für den Gemeinderat relativ einfach einen eigenen Kommunikationskanal anlegen kann.

Während die klassische Website sehr statisch wirkt und vor allem wichtig ist, um Daten über den Kandidaten vorzuhalten, ist der Blog stets aktuell. Im Idealfall gibt es ein crossmediales Zusammenspiel zwischen dem Face-

book-Auftritt und dem Blog: Wird ein neuer Beitrag auf dem Blog gepostet, wird über Facebook darauf hingewiesen. Dies ist ein Mechanismus, der in der Unternehmenskommunikation und im Journalismus genauso funktioniert wie im Wahlkampf. Entscheidend ist, dass vom Wahlplakat über das Social Web bis hin zum Infostand einheitlich kommuniziert wird.

Weil die Nutzung immer stärker Richtung Videos geht, bietet es sich an, auch die Videoplattform YouTube im Auge zu behalten. Zumindest für Kandidaten größerer Städte bietet sich hier ein eigener Account an. Die Videos lassen sich sehr einfach in einen Blog einbinden und können auch in sozialen Netzwerken noch einmal hochgeladen werden. Aus Zeitgründen spielt YouTube im aktuellen Wahlkampf aber bei weitem nicht die Rolle wie Facebook und Instagram.

### Gilt das Riepl'sche Gesetz auch für den Wahlkampf?

Neue Medien wie eine Internetseite für den Ortsverein einer Partei, für den Bürgermeister- und für die Stadtratskandidaten, Weblogs sowie Social-Media-Kanäle ersetzen traditionelle Wahlkampfinstrumente wie Plakatwerbung, Wahlkampfstände oder Haustürwahlkampf nicht. Die digitalen Instrumente kommen vielmehr hinzu. Es wird für Kandidaten wichtig zu entscheiden, welche finanziellen und vor allem auch zeitlichen Ressourcen sie in welches Medium stecken. Hierfür ist eine Abwägung, welche Zielgruppe man in erster Linie ansprechen möchte, sinnvoll. Auch ist es in ländlichen Regionen noch stärker möglich, Wähler über Veranstaltungen in Vereinen vor Ort zu erreichen als in Großstädten.

Ein Vergleich zur Medienbranche: Hier gilt immer noch der Leitsatz, dass bisher kein neues Medium ein altes Medium abgelöst hat. Vielmehr besinnt sich das ältere Medium auf seine Stärken und wandelt sich dadurch, statt vom Markt zu verschwinden. Durch das Radio wurde die Tageszeitung nicht ersetzt. Trotz Fernsehen gibt es noch das Radio. Selbst das Internet hat es (noch) nicht geschafft, traditionelle Medien vom Markt zu verdrängen, wenngleich es für eine gewaltige Transformation bei Medienunternehmen wie Verlagen und Rundfunksendern sorgt.

### Laut RIEPL'SCHEM GESETZ verdrängen neue Medien die alten nicht.

Dass kein neues Medium ein altes ablöst, wird in der Wissenschaft als Riepl'sches Gesetz bezeichnet. Es ist benannt nach dem früheren Chefredakteur der Nürnberger Zeitung Wolfgang Riepl, der im Jahr 1913 in seiner Dissertation über „Das Nachrichtenwesen des Altertums mit besonderer Rücksicht auf die Römer“ folgende These aufgestellt hat: „Trotz aller solchen Wandlungen ist indessen festzustellen, daß neben den höchstentwickelten Mitteln, Methoden und Formen des Nachrichtenverkehrs in den Kulturstaaten auch die einfachsten Urformen bei verschiedenen Naturvölkern noch heute im Gebrauch sind [...]. Andererseits ergibt sich gewissermaßen als Grundsatz der Entwicklung des Nachrichtenwesens, daß die ein-

fachsten Mittel, Formen und Methoden, wenn sie nur einmal eingebürgert und brauchbar befunden worden sind, auch von den vollkommensten und höchst entwickelten niemals wieder gänzlich und dauernd verdrängt und außer Gebrauch gesetzt werden können, sondern sich neben diesen erhalten, nur daß sie genötigt werden können, andere Aufgaben und Verwertungsgebiete aufzusehen.“

Was Riepl 1913 formuliert hat, gilt im Wahlkampf noch stärker als für Medienunternehmen. Bei Medienunternehmen wird der Markt regulieren, wie lange gedruckte regionale Tageszeitungen noch erscheinen und ab wann die tägliche Zustellung durch ein eigenes Vertriebssystem unwirtschaftlich wird. Hier entscheiden Medienmanager nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Längst spielt die Überlegung keine Rolle mehr, dass man ein Produkt (wie eine Tageszeitung) auf den Markt bringen oder halten muss, damit die Konkurrenz den Platz nicht besetzt.

Im Wahlkampf ist dies anders: Würde eine Partei auf Wahlplakate verzichten, dominiert im Stadtbild eine andere. Ein altes Medium im Wahlkampf könnte also nur abgelöst werden, wenn alle Parteien gleichzeitig darauf verzichten. Dies erscheint im gegenwärtigen Wahlkampf allerdings als höchst unrealistisch. Vielmehr wird der Medien-Mix auch im Wahlkampf immer ausdifferenzierter. Ein Grund liegt darin, dass sich über die verschiedenen Kanäle unterschiedliche Zielgruppen angesprochen fühlen. Über lineares Lokalfernsehen werden kaum noch jüngere Wähler erreicht. Auf der anderen Seite waren laut ARD/ZDF-Onlinestudie im Jahr 2018 nur 1 % der 50- bis 69-Jährigen täglich auf Instagram. Ein weiterer Grund für

die Ausdifferenzierung liegt in der unterschiedlichen Art, wie Medien auf den Wähler wirken. Außerdem bleiben Botschaften vor allem dann haften, wenn sie vom Rezipienten häufiger wahrgenommen werden.

### Der Wahlkampf wird durch einen Medien-Mix immer AUSDIFFERENZIERTER.

### Die Zeitung als Gatekeeper verschwindet

Soziale Netzwerke machen Kommunalpolitiker ein Stück weit unabhängiger von ihren lokalen Tageszeitungen und Anzeigenblättern. Sie können durch Facebook, Twitter, Instagram & Co. direkt mit den Wählern kommunizieren und in einen Dialog treten, anstatt den Weg über die traditionellen Medien gehen zu müssen. Früher sind Journalisten deshalb als Gatekeeper bezeichnet worden. Sie konnten darüber entscheiden, ob über einen Politiker bzw. eine Veranstaltung in der Lokalzeitung, im Fernsehen oder im Radio berichtet wird. Nicht selten hatten Politiker das Gefühl, es habe sich nicht gelohnt, zu einem Feuerwehrfest oder der Einweihung eines Radwegs zu gehen, wenn die Presse sie in ihrer Berichterstattung ignorierte.

Durch soziale Netzwerke haben es Kommunalpolitiker nun selbst in der Hand, sich eine Reichweite aufzubauen und mit den Wählern zu kommunizieren. Während die eigene Website wieder relativ unbedeutend wird und eher den

Charakter einer Visitenkarte erhält, spielt im Social Web die Musik. In sozialen Netzwerken diskutieren Politiker mit Wählern und verbreiten ihr Programm, während sie in eigenen Weblogs ausführlicher auf die Argumente für ihre Slogans eingehen können. In der Wirtschaft nennt sich dies Corporate Publishing: Unternehmen verschiedener Branchen werden mehr und mehr zu Medienunternehmen. Der österreichische Brausehersteller Red Bull wird hier immer als Vorreiter genannt. Doch auch andere Konzerne wie z.B. die Otto Group aus Hamburg schreiten auf diesem Weg immer weiter voran.

Ein weiterer Begriff aus der Medienwelt ist Content Marketing. Damit wird ausgedrückt, dass Unternehmen nicht mehr nur auf Werbung setzen. Vielmehr geben sie nützliche Verbraucherinformationen via Print oder im Web. Sie bieten Unterhaltung und werben dabei ganz nebenbei durch den Aufbau eines positiven Images für ihr Produkt. In die Kommunalpolitik übersetzt kann dies bedeuten: Politiker bieten ihren Wählern einen Service und wecken zum Beispiel über Fotos auf Instagram das Heimatgefühl bei den Usern, anstatt platt ihre Slogans von den Wahlplakaten ins Social Web zu verlängern. Ob dieser Mehrwert für die Bürger im Internet oder bei Veranstaltungen gegeben wird, spielt hierbei keine Rolle. Erste Ansätze

**Content Marketing im Online-Wahlkampf bietet dem Wähler einen MEHRWERT an.**

hierfür gibt es bereits: So hat beispielsweise der CSU-Landtagsabgeordnete Steffen Vogel, selbst Rechtsanwalt, aus Unterfranken in seinem Stimmkreis einen Infoabend „Erben und Vererben – Alles, was Erben und Erblasser wissen müssen“ veranstaltet.

Letztlich wird derjenige im Wahlkampf erfolgreich sein, der es schafft, seine politischen Inhalte abgestimmt auf die Zielgruppe über die verschiedensten Kanäle auszuspielen. Wer dabei ein Medium vernachlässigt, wird dadurch zumindest in einer bestimmten Zielgruppe Nachteile erleiden. ///



Foto: Tim Meiertz

### /// PROF. MARKUS KAISER

ist Politikwissenschaftler, Journalist, Berater für Social Media sowie den digitalen Wandel und Professor für Medieninnovationen, digitalen Journalismus und Change-Prozesse an der Technischen Hochschule Nürnberg.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> <https://www.br.de/nachrichten/netzwelt/wahlkampf-im-netz-politisch-praezise-und-sehr-intransparent,RfuQvz1>, Stand: 9.11.2019.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> [www.ard-zdf-onlinestudie.de](http://www.ard-zdf-onlinestudie.de), Stand: 9.11.2019.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> <https://www.br.de/nachrichten/netzwelt/wahlkampf-im-netz-politisch-praezise-und-sehr-intransparent,RfuQvz1>, Stand: 9.11.2019.

### /// Herausforderungen und Probleme

## POLITIK VOR ORT: DIE KOMMUNEN UND LANDKREISE IN BAYERN

**CHRISTIAN BERNREITER ///** In den zurückliegenden Jahren wurden viele Weichen gestellt, damit die Bürger gleich gut in allen Teilen des Freistaates leben können. Große Herausforderungen, nicht nur finanziell, sondern auch gesellschaftlich, gab und gibt es in diesem Zusammenhang zu bewältigen. Die Landkreise und Kommunen als Verantwortliche für die örtliche Daseinsvorsorge sind davon ebenso betroffen wie der Bund oder das Land.

Kommunalpolitik ist etwas Gemeinsames, unabhängig davon, welches Parteibuch man hat. Zwar sind 71 Landräte auch 71 Individualisten mit den ihren Regionen entsprechenden 71 individuellen Herausforderungen, jedoch gibt es auch vieles, was gleich gelagert ist. Menschen in ihren Regionen halten und ihnen all das bieten zu können, was zum Leben dazugehört, ist das Ziel, das alle eint. Die Rahmenbedingungen müssen in ländlichen Gebieten

genauso passen wie in den Ballungsräumen. Eine Fokussierung und Verdichtung auf einige wenige (Metropol-) Regionen ist keine langfristige Lösung. Alle 71 bayerischen Landkreise brauchen deswegen gleichermaßen Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen, Schulen und Bildungseinrichtungen, gut erreichbare Ärzte und Krankenhäuser, leistungsfähige Verkehrsverbindungen auf der Straße, der Schiene und mittels ÖPNV.

Gerade auf dem Land ist Mobilität wichtig. Es braucht daher auch einen gut funktionierenden und flächen-deckenden ÖPNV.



Quelle: Manfred Grebler / imageBROKER / mauritius images

### **KOMMUNALPOLITIK setzt sich für gleichwertige Rahmenbedingungen im ländlichen Raum ein.**

#### **Die gute Finanzlage der zurückliegenden Jahre**

In der zurückliegenden Kommunalwahlperiode konnten viele gemeinsame Herausforderungen auch aufgrund der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Angriff genommen werden. Gerade, was die Beschäftigung der Menschen betrifft, jagte ein Rekord den nächsten, bis hin zum heute vielfach beklagten Fachkräftemangel. Solche Zahlen sind ein Segen, dürfen allerdings nicht als selbstverständlich angesehen werden. Darum ist eine stabile Wirtschaft und die Sicherung der notwendigen Fachkräfte für die Zukunft enorm wichtig.

Die gute Finanzlage der letzten Jahre hat in vielen Bereichen und auf allen politischen Ebenen große Projekte möglich gemacht. Millionenschwere Investitionsprogramme wie die Unterstützung für Pflegende und Angehörige oder auch die Schaffung neuer Kita-Plätze wurden auf den Weg gebracht. Auch der kommunale Finanzausgleich erreichte ein sehr gutes Niveau und bei den kommunalen Steuereinnahmen wurden Höchstwerte erzielt. Dadurch konnten viele Aufgaben überhaupt erst finanziert werden. 2018 haben die kommunalen Steuern in Bayern die 20-Milliarden-Euro-Marke überschritten, was eine steigende Steuer- und Umlagekraft zur Folge hatte. 2009 lagen diese Einnahmen noch bei 12 Mrd. €. Auch der Wegfall der erhöhten Gewer-

besteuerumlage ab 1. Januar 2020 oder die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sind eine Erleichterung für die kommunalen Kassen.

#### **Rekordeinnahmen und Rekordausgaben**

Diese Entwicklungen dürfen aber nicht verschleiern, dass den Rekordeinnahmen auch Rekordausgaben gegenüberstehen und es Themen gibt, die den Landkreisen heute und auch in Zukunft unter den Nägeln brennen. Die Bruttoausgaben für Sozialleistungen einschließlich Jugendhilfe sind auf immer neues Rekordniveau gestiegen. Nötig waren und sind auch Investitionen im Bereich der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie für die Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Damit einher gehen Unterhaltungsrückstände bei öffentlichen Gebäuden, Einrichtungen und Straßen sowie nicht realisierte Infrastrukturmaßnahmen. Defizite gibt es etwa bei der Versorgung mit Breitband und Mobilfunk in der Fläche, aber auch bei Gesundheits- und anderen Dienstleistungen.

### **Neben Rekordeinnahmen stehen auch REKORDAUSGABEN.**

#### **Dauerbrenner Gesundheitsversorgung**

Obwohl man meinen könnte, es bestünde ein allgemeiner Konsens in der Notwendigkeit einer flächendeckenden medizinischen Grund- und Regelversor-

gung für die Bürger, ist dieses Thema alles andere als ein Selbstläufer und seit Jahren ein Dauerbrenner für die bayerischen Landkreise. Medizinische Versorgung ist kein Luxusproblem oder eine freiwillige Leistung, die zur Diskussion stehen darf. Hier geht es um ein Grundbedürfnis des Menschen. Gerade die Krankenhäuser in der Fläche nehmen hierbei eine unverzichtbare Rolle ein. Sie sichern die Grund- und Regelversorgung, insbesondere auch die Notfallmedizinische, und sind Anknüpfungspunkt für alle weiteren medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen.

Nichtsdestoweniger kämpfen die Landkreise seit Jahren mit problematischen Entscheidungen von übergeordneten Ebenen. Eine Folge davon sind negative Betriebsergebnisse bei rund der Hälfte der Krankenhäuser. Sie werden finanziell immer weiter in die Enge getrieben und letztendlich werden so Standorte gefährdet. Die Kosten-Erlöschere wird immer größer. Tarifsteigerungen wurden jahrelang gar nicht und werden bis heute nur zu sehr geringen Teilen ausgeglichen. Gerade die Grundversorgungskrankenhäuser bedürfen aber einer besonderen finanziellen Unterstützung. Eine uneingeschränkte Berücksichtigung der realen Kostensteigerungen und eine Refinanzierung der vergangenen wie zukünftigen Tarifsteigerungen für alle Personalgruppen in den Krankenhäusern sind unabdingbar, um überhaupt schwarze Zahlen schreiben zu können. Die bayerischen Landkreise haben seit jeher dafür gekämpft, dass die Personalkostensteigerungen tariflicher Art 1:1 abgebildet werden. Teilerfolge in den Verhandlungen mit dem Bund werden oft durch das Kleingedruckte geschmälert. Ziel bleibt eine volle Erstattung.

Neben einer auskömmlichen Finanzierung ist die Pflege eine der großen Herausforderungen beim Erhalt einer medizinischen Grund- und Regelversorgung. Pflegekräfte fehlen überall. Die bayerischen Landkreise treten für mehr Personal am Patienten ein. Sie wollen mehr Wertschätzung für diejenigen, die pflegen. Dabei setzen sie auf „ein Mehr an Zeit für die Personen“ und nicht für noch mehr bürokratische Dokumentationen. Wer einen sozialen Beruf erlernt, will Zeit mit Menschen verbringen und sich seinem Patienten zuwenden können.

### **Fehlendes Personal und steigende Bürokratisierung **GEFÄHRDEN** die ländliche Gesundheitsversorgung.**

Dabei sind vor allem die Kassen gefordert. Ihre Fallpauschalen limitieren die Zeit, die ein Pfleger für seine Patienten aufwenden darf, streng. Starre Personalquoten und Pflegeuntergrenzen wie sie vom Bund rückwirkend zum 1. Januar 2019 eingeführt wurden, haben die Situation der Krankenhäuser drastisch verschärft. Abteilungen müssen abgemeldet werden und Patienten auf Herbergssuche gehen, weil Personalquoten nicht erfüllt werden können. Die Landkreise setzen zwar verstärkt auf die eigene Ausbildung von Pflegepersonal, das nimmt aber Zeit in Anspruch. In der Krankenhauspolitik ist daher ein Umdenken, quasi ein „Neustart“ erforderlich.

### **Flächendeckend Breitband und Mobilfunk für die Digitalisierung**

Die Digitalisierung ist ein wichtiger Pfeiler einer zukunftsfähigen Daseinsvorsorge in allen Landkreisen. Kein Landkreis darf hier abgehängt werden. Digitalisierung kann vieles, was das Analoge nicht schafft. Sie steht für mehr Chancen, mehr Möglichkeiten und mehr Teilhabe im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Bereich im ländlichen Raum wie in der Stadt. Aber auch sie läuft nicht von selbst.

Voraussetzung ist eine starke und funktionierende Infrastruktur mit Breitband und Mobilfunk. Bekenntnisse und Forderungen von allen Ebenen gibt es mittlerweile genügend. An der Umsetzung müssen sich dann aber auch alle einschließlich der Telekommunikationsunternehmen beteiligen, welche dann auch in Orten mit nur wenigen Haushalten Angebote abgeben sollten. Eine flächendeckende Versorgung liegt im allgemeinen Interesse.

Probleme beim Mobilfunk durch bundespolitische Entscheidungen wie etwa bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen mit einem Verfahren, das auf die Haushalte abstellt, sind zu vermeiden. Funklöcher darf es nicht mehr geben. Natürlich ist der Ausbau in den großen Städten für die Betreiber in der Regel wirtschaftlicher. Es müssen aber auch die Versorgungslücken geschlossen werden und zwar nicht nur für die wichtigen Landes- und Staatsstraßen, wofür noch bis Ende 2024 Zeit gegeben wurde.

### **Das digitale Amt**

Die Zukunft der Verwaltungen der bayerischen Landkreise selbst ist untrennbar mit der Digitalisierung verbunden. Bis diese umfänglich digital funktionieren, sind noch große Schritte zu gehen,

die ohne die entsprechenden Finanzmittel und ohne zusätzliches Personal schwierig werden. Allein das Verwaltungsrecht des Bundes enthält mehr als 2.500 Schriftformerfordernisse, also Verwaltungsleistungen, für die der Bürger noch unterschreiben muss.

Bürger und Unternehmen sollen sich in Zukunft den Gang zum Amt sparen können. In der heutigen Welt fehlt es überall an Zeit. Deswegen werden für die digitale Unterschrift Lösungen gebraucht, die von einer breiten Mehrheit auch akzeptiert und genutzt werden. Das in Steuerangelegenheiten bewährte ELSTER-Verfahren könnte es möglich machen. Der Bund muss daher zügig die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

### **Die Verwaltung muss **DIGITALER** und bürgernäher werden.**

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche wird ein großes Engagement der Kommunen erfordern. Gesundheit und Soziales, Wohnen und Arbeiten, Mobilität und Verkehr, Grundversorgung, Bauen – letztendlich ist jedes Thema digital umsetzbar. Wer die Digitalisierung nicht selbst gestaltet, der wird dann (fremd-)gestaltet. Wir müssen daher aktiv vorangehen.

### **Schule 2.0**

Das gilt auch für die Bildung. Kein Thema ist so elementar für die Zukunft eines Landes. Dementsprechend wichtig

ist es, dass deren Digitalisierung gelingt. Die Landkreise haben als Sachaufwands-träger für die Schulen dabei eine Schlüsselrolle inne. Es gibt zwar Förderprogramme vom Bund und von den Ländern, das digitale Klassenzimmer erfordert aber ganz andere Investitionssummen als das analoge. Ebenso wichtig ist aber auch die laufende Wartung und Pflege der IT-Infrastruktur und deren Nutzung im Unterricht. Dazu brauchen wir nicht nur eine landesweite Bayern-Cloud, sondern auch eine Vielzahl an Systembetreuern, die vom Staat finanziert werden müssen.

### Mobilisierung aller Verkehrsmittel

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist nicht nur aktuell ein Brennpunkt, sondern wird für flächendeckende Angebote in allen Landkreisen den langfristigen Einsatz aller politischen Ebenen erfordern. Um die Bürger bayernweit, also nicht nur in den Ballungsgebieten, zu mehr ÖPNV-Nutzung zu animieren und somit einen Umdenkungsprozess zugunsten des Klimas anzustoßen, müssen Angebot und Qualität attraktiver werden.

Günstige Tarife alleine bewirken nur wenig, denn die Herausforderungen in den Ballungsgebieten und der Fläche sind unterschiedlich. Die bayerischen Landkreise müssen in ein überzeugendes System eingebunden werden, ganz gleich, wo sie liegen. Dabei muss Angebot vor Tarif gelten. Eine optimierte Tarifstruktur ist ohne die entsprechenden Angebote nicht zielführend. Durch massive Erhöhungen der ÖPNV-Zuweisungen, die Förderung flexibler Bedarfsverkehre und die Optimierung der Schnittstellen zwischen den verschiedensten Verkehrsmitteln wird der ÖPNV flächendeckend attraktiv.

### Die Landkreise in Bayern brauchen einen **FLÄCHENDECKENDEN ÖPNV**.

Flächendeckende öffentliche Mobilität erfordert passgenaue Konzepte. Passgenau bedeutet aber auch, dass man den Bürgern zugestehen muss, dass sie das für sie beste Mittel wählen. Menschen, die weite Wegstrecken auf sich nehmen, um zur Arbeit zu pendeln, und so Träger unserer herausragenden Wirtschaftsstärke sind, entscheiden selbst, was für sie die beste Lösung ist. Dafür brauchen sie nicht die Politik. Verbote und starre Vorschriften sind der falsche Weg.

Gleichwertige Mobilität erfordert viele Kräfte. Die öffentliche Mobilität im ländlichen Raum braucht bedarfsgerechte Angebote und Kapazitätsausbau in den Verdichtungsräumen. Investitionen für den Ausbau und die Grunderneuerung der ÖPNV-Infrastruktur sowie Erhöhungen und Verstetigungen der Mittelzuweisungen für den ÖPNV-Betrieb müssen dauerhaft, auskömmlich und transparent sein. Und schließlich müssen die Förderrichtlinien der Zukunft auf die individuellen Bedarfe abstellen.

Vielerorts wird man auch weiterhin über die Straße mobil sein müssen. Autobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen müssen dafür bereit sein. Baustellen, Verkehrsunfälle, endlose Staus und Geschwindigkeitsbeschränkungen kosten unsere Bürger Zeit und Geld. Dieser Teil unserer Verkehrsinfrastruktur darf nicht in Vergessenheit geraten. Es heißt nicht ÖPNV oder PKW, sondern beides.

### Entweder-Oder-Kategorien

Grundsätzlich erscheint der momentane Umgang miteinander als eine große Herausforderung. Die Art, wie der Diskurs um das Klima, aber auch viele andere Fragen teilweise geführt werden, hinterlässt Spuren in unserer Gesellschaft. Der Kompromiss scheint aus der Mode gekommen zu sein. Es gibt nur noch Maximalforderungen und eine Entweder-Oder-Haltung. Eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre wird es daher sein, die Gesellschaft zusammenzuhalten, miteinander im Gespräch zu bleiben und einzustehen für das, was in der Vergangenheit gemeinsam erreicht

### Der gesellschaftliche **ZUSAMMENHALT** erfordert Kommunikation und gleichwertige Rahmenbedingungen.

wurde. Flächendeckend gute Lebensverhältnisse spielen eine große Rolle für eine befriedete Gesellschaft. Sie zu erhalten und weiter dafür einzutreten, ist deswegen eine der großen Herausforderungen für die Kommunen, aber auch für jeden Einzelnen. ///



### /// CHRISTIAN BERNREITER

ist Landrat des Landkreises Deggendorf sowie Präsident des Bayerischen Landkreistages, München.

/// Herausforderung der Zukunft – Kommunale Forderungen an die Politik

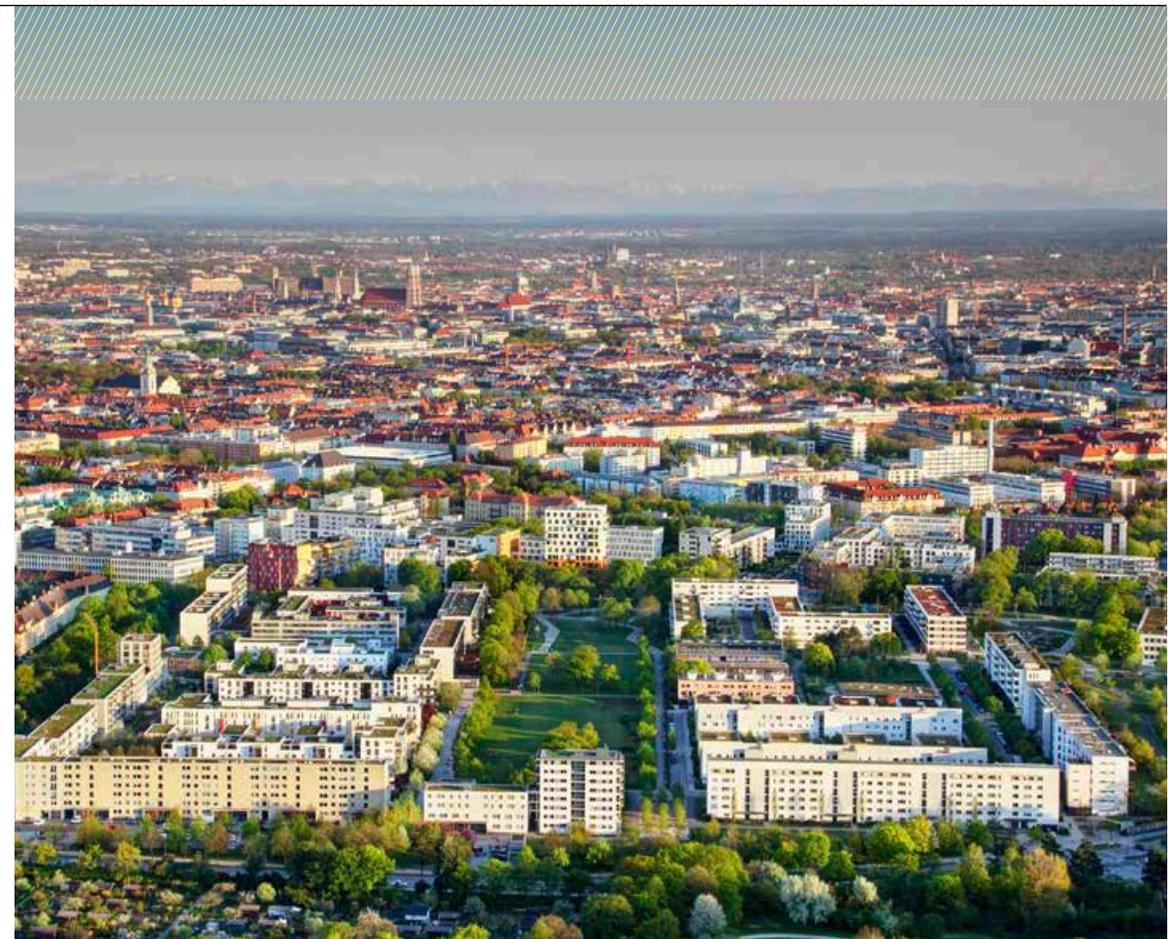
## DAS GUTE WOHNEN IN STADT UND LAND

**FRANZ DIRNBERGER, MATTHIAS SIMON** /// Sozialgerechtes und gutes Wohnen wird auch im kommenden Jahrzehnt eine Herausforderung für unsere Städte und Gemeinden bleiben. Die zu bewältigenden Aufgaben sind hierbei deutlich komplexer geworden, als dies noch vor eine paar Jahren der Fall war. Politik und Gesetzgeber sind daher aufgefordert, sich des Themas in seiner ganzen Breite anzunehmen.

Das Thema „Wohnen“ entwickelte sich in den vergangenen Jahren aus vielerlei Gründen zu einem der Hauptpolitikfelder in Deutschland. Viele Stellen befassen sich derzeit intensivst damit, wie für alle Menschen ein bezahlbares Dach über dem Kopf geschaffen werden kann. Der Gemeinde kommt dabei naturgemäß eine besondere Rolle zu. Nach § 1 Absatz 3 des Baugesetzbuches haben die Gemeinden die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung samt einer dem Wohle der Allge-

meinheit dienenden sozialgerechten Bodennutzung sind Planungsleitplanken, die hierbei vordringlich zu beachten sind. Ein Blick in den diesbezüglichen und sehr klaren § 1 Abs. 5 BauGB führt dabei nicht selten zu überraschten Gesichtern.

**Das Thema Wohnraum ist derzeit sehr **AKTUELL**.**



Es wird zunehmend enger in den Städten, und der Wohnraum nicht nur in München immer knapper und teurer.

### Herausforderungen

Die Herausforderungen, die sich einer Gemeinde auf dem Weg zum bedarfsgerechten, sozialgerechten, bezahlbaren, (flächen)nachhaltigen sowie zum ökologisch und klimatologisch guten Wohnraum stellen, sind heute jedoch gewaltig. Und sie sind in den vergangenen Jahren deutlich größer geworden. Die Debatte über den verantwortungsvollen Umgang mit Grund und Boden sowie der gemeindliche Wille zu generationengerechten Handlungsweisen verlangen nach einer Strategie der Wohnraumschaffung, die vorrangig auf

die Innenentwicklung setzt beziehungsweise dafür sorgt, dass ausgewiesenes Bauland auch effizient und zeitnah der Bebauung zugeführt wird. Der demografische Wandel, eine älter werdende Bevölkerung sowie sich ändernde Wohnbedürfnisse und Wohnwünsche einer heterogenen Bevölkerung erfordern anpassungsfähige und individuelle Wohnräume und -formen. Rentner, alleinstehende Menschen, Junge, Alte, Auszubildende und Studenten sowie junge Familien haben allesamt unterschiedliche Wohnbedürfnisse, die es aufzugreifen gilt.

Der Klimawandel verlangt nach städtebaulichen Strategien, die das Binnenklima eines Siedlungsbereichs mit Blick auf die Wohn- und Aufenthaltsqualität mitdenken. So werden beispielsweise durchdesignte Steingärten mehr und mehr zum Ärgernis nachhaltig denkender Kommunalpolitiker, da diese ein ohnehin schon angespanntes Stadtklima noch zusätzlich aufheizen. Der Schutz der Artenvielfalt bedarf zielführender Strategien zur Schaffung von Stadtgrün sowie der naturvielfältigen Durchgrünung der Siedlungsbereiche. So mehren sich die Wortmeldungen aus Städten und Gemeinden zu kommunalen Biodiversitätsstrategien, bei denen Schnittzeiten optimiert und sogenannte Eh-da-Flächen optimal und mit heimischen Blühharten bepflanzt werden.

Die Hochpreissituation, gerade um und in den Ballungsräumen unseres Landes, erfordert zielführende Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung preisgünstigen Wohnraums für alle Teile der Bevölkerung. Hierzu gehören zum einen sozialgerechte Bindungen, die dem Projektanten im Planungsprozess auferlegt werden, die Zweitwohnungssteuer, Festsetzungen im Bebauungsplan sowie unter Umständen der gemeindliche und städtische Wohnungsbau. Allesamt komplexe Aufgaben. Die Abwanderungssituation sowie der Strukturwandel in vielen ländlichen Räumen unseres Landes erfordern schließlich kluge Strategien zur Umnutzung sowie zur Sanierung bestehenden Wohnraums sowie zur Innenentwicklung und zur Planung im Bestand. Begleitet werden diese Themen regelmäßig von Fragen des Immissionsschutzrechts, des Denkmalschutzes, des Nachbarrechts sowie einer – oft aus nachvollziehbaren Gründen – mangelnden Eigentümerinitiative.

### **Es braucht mehr PREISGÜNSTIGEN Wohnraum.**

#### **Forderungen an die Politik**

All diese Fragen gilt es, heute von unseren Städten und Gemeinden zu bewältigen. Von Bürgermeistern, Bauamtsleitern, unseren Beschlussgremien sowie den Menschen, die unsere Kommunen bei diesen Aufgaben unterstützen. Die genannten Herausforderungen machen den Weg zur Schaffung des richtigen und guten Wohnraums entsprechend kompliziert. Die zum Teil neuen Entwicklungen werden überdies begleitet von einer komplexer werdenden Rechtslage. Und nicht immer sind die gesetzlichen Regelungen hilfreich, die teilweise gegebenen Zielkonflikte im Sinne des Gemeinwohls und im Sinne einer guten Ortsentwicklung zu bewältigen. Schließlich sind viele dieser Themenbereiche nur interdisziplinär zu bewältigen, wenn Verwaltung, Juristen, Architekten, Städteplaner, Entwickler und die Politik zielführend zusammenarbeiten und ihr jeweiliges Know-how einbringen. Mit anderen Worten: Die Städte und Gemeinden wünschen sich Rückenwind von Politik und Gesetzgeber und haben nachfolgende kommunale Forderungen an die Politik.

Das Geheimnis gelungener Projekte, gerade auch des Wohnens, liegt sehr häufig im Grundstückseigentum der Stadt und Gemeinde. Mit anderen Worten: Ein Grundstück ist bei unseren Gemeinden immer in guten Händen, da diese bei der Planung dem Gemeinwohl

verpflichtet sind. Eine kommunalfreundliche und gemeinwohlorientierte Politik besteht demnach auch darin, die Zugriffsinstrumente des Baugesetzbuchs wie beispielsweise das gemeindliche Vorkaufsrecht zu vereinfachen und für die Gemeinden zu stärken.

Bei Planung ohne Grundstückseigentum der Stadt oder Gemeinde bedarf es der gemeindlichen Steuerungsmöglichkeiten im Planungsprozess. Beispiele hierfür sind zu vereinbarende Baupflichten oder städtebauliche Bindungen zur Schaffung und Sicherung günstigen und sozialgerechten Wohnraums. Häufig stößt das hierbei zur Verfügung stehende Instrumentarium jedoch an seine Grenzen. Politik und Gesetzgeber sollten deshalb prüfen, wie die Steuerungsinstrumente des Baugesetzbuchs ausgeweitet, konkretisiert und noch besser am Bedarf der Praxis ausgerichtet werden können. Mit Blick auf die Steuerung und Bindung sozialgerechten Wohnraums geht es hierbei konkret auch darum, das rechtlich Mögliche auszuweiten. Dieser Tage wird häufig auf den vorbildlichen sozialen Wohnungsbau in Wien verwiesen. Die Bindungen und kommunalen Forderungen, die dort als angemessen angesehen werden, lässt unser Rechtsrahmen in weiten Teilen jedoch schlichtweg nicht zu. Dies liegt freilich auch an einem fehlinterpretierten Eigentumsbegriff in der Bundesrepublik Deutsch-

land. Warum geht in Österreich, was in Deutschland nicht geht? Es wäre zu wünschen, dass die Politik diesem Thema auf den Grund geht.

Die Erfahrungen, die im Bereich der energetischen Optimierung neuer Quartiere in den vergangenen Jahren gemacht wurden, zeigen, dass das Festsetzungsinstrumentarium des Baugesetzbuchs häufig an seine Grenzen stößt, wenn eine Gemeinde mit kreativen und modernen Ideen in der Planung voranschreiten möchte. Beispiele hierfür sind PV-Aufdachanlagen oder das Vorsehen bestimmter Heizstoffe und Stromquellen. Eine konkrete Forderung an die Politik besteht demnach darin, die Festsetzungsmöglichkeiten des Baugesetzbuchs betreffend die Beförderung erneuerbarer Energien auf den Prüfstand zu stellen und anhand neuester Erkenntnisse weiterzuentwickeln.

Mit Blick auf die Binnenklimatologie sowie die Biodiversität in unseren Quartieren sorgen sich mehr und mehr Gemeinden über den Trend zum flächigen Steingarten, oder wie die FAZ kürzlich titelte, über die „Gärten des Grauens“. Viele Gemeinden fragen sich derzeit, wie Festsetzungen in Bebauungsplänen oder die Satzungen der Bayerischen Bauordnung das Entstehen flächiger Steinwüsten einhegen können. Der Gesetzgeber ist aufgefordert zu prüfen, ob und wie die diesbezüglichen Steuerungsinstrumente in den Bauordnungen der Länder sowie im Baugesetzbuch mit Blick auf diesen Trend weiterentwickelt werden könnten.

Die gewünschte Biodiversität in unseren Quartieren verlangt nach heimischer Bepflanzung und optimierten Schnittzeiten auch in den Hausgärten. Es geht heute nicht mehr um die gerade Linie und den akkurat geschnittenen

### **Es muss mehr SOZIALGERECHTER Wohnraum geschaffen werden.**

**Die gesetzlichen Steuerungs-  
instrumente sollten überprüft und  
AKTUALISIERT werden.**

Rasen, sondern um einen wünschenswerten und vielfältigen „Mut zur Unordnung“ in unseren Gärten. Die Politik ist aufgefordert, diesen guten Trend aufzugreifen und ihm auf Ebene der Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich der Förderpraxis und der Gesetzgebung Rückenwind zu verleihen.

Innenentwicklung und Ortskernvitalisierung halten unsere Städte und Dörfer sowie ihr soziales Gefüge intakt und jedes Grundstück, das im Siedlungsbereich der Bebauung zugeführt wird, spart Fläche im Außenbereich. Dies haben unsere Städte und Gemeinden seit langem erkannt und sie haben selbst ein reges Interesse an einer funktionierenden Innenentwicklung und vitalen Ortskernen. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Innenentwicklung liegt dabei häufig in rechtlichen Instrumenten mit mobilisierender Wirkung. Eine flächennahhaltige Bau- und Bodenpolitik sollte darum daraufhin angelegt sein, den bodenrechtlichen Rahmen immer mit Blick auf seine bestandsmobilisierende Wirkung hin auszurichten.

Flächennachhaltigkeit kann jedoch auch dadurch erreicht werden, dass fachgesetzliche Vorgaben bzgl. bestimmter Baustandards gemacht werden. Warum muss ein großflächiger Logistikpark, der das Gut der Fläche in einem die Allgemeinheit belastenden Maße in Anspruch nimmt, nicht nachweisen,

dass sein Geschäftsmodell nur ebenerdig bzw. eingeschossig darstellbar ist? Könnte man demnach nicht beispielsweise darüber nachdenken, dass bereits der Fachgesetzgeber die Entscheidung trifft, dass Stellplätze ab einer bestimmten Bedarfszahl mehrgeschossig auszuführen sind?

Gute Ideen für guten Wohnraum werden auch dadurch erschwert, gebremst und verteuert, weil Vorschriften komplizierter, Standards höher und Verfahren länger werden. So kann es beispielsweise nicht sein, dass in unseren Dörfern ein genossenschaftliches Wohnprojekt für alleinstehende alte Menschen daran scheitert, dass sich in der Nähe ein landwirtschaftlicher Betrieb befindet, in dem eben diese Menschen zuvor 70 Jahre gewohnt haben. Der Gesetzgeber muss dem Trend zur Verkomplizierung, Verteuerung und Verlangsamung des guten Bauens entgegenwirken. Hierüber besteht in unseren Städten und Gemeinden ein breiter Konsens.

Schließlich: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die Politik muss begreifen, dass nur ein gemeinwohlorientierter, sozialgerechter und nachhaltigkeitsorientierter Eigentumsbegriff samt seiner fachgesetzlichen Umsetzung zu dem gemeinsamen Ziel des optimalen Wohnraums führt.

**Nur ein sozialgerechter, gemeinwohl-  
und nachhaltigkeitsorientierter  
EIGENTUMSBEGRIFF führt erfolgreich  
zum Ziel.**

**Fazit**

Das sozialgerechte, (flächen)nachhaltige, bedarfsgerechte, mithin das gute und richtige Wohnangebot wird gelingen, wenn die Städte und Gemeinden die skizzierten Herausforderungen aktiv angehen und Politik und Gesetzgeber einen guten Rahmen für die Herausforderungen schaffen. Es handelt sich deshalb um nicht weniger als die gerne zitierte „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Packen wir es deshalb auch gemeinsam an. ///



**/// DR. FRANZ DIRNBERGER**  
ist Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
beim Bayerischen Gemeindetag, München.



**/// MATTHIAS SIMON, LL.M. DIPL.SC.  
POL.UNIV.**  
ist Verwaltungsdirektor beim Bayerischen  
Gemeindetag, Referat für Bauen, Wohnen  
und Landesentwicklung, München.



/// Ein kleines Dorf macht es vor

## WIR KÖNNEN ENERGIEWENDE

**ARNO ZENGERLE** /// Wildpoldsried im Landkreis Oberallgäu hatte eine Vision von der Energiewende, nämlich Ökonomie und Ökologie zusammenzuführen: regionale Wertschöpfung verbunden mit Unabhängigkeit von Energieimporten, dazu Arbeitsplätze vor Ort und eine jeden Tag sichtbare Rendite in Form von sich drehenden Windradflügeln. Das Dorf und seine Bürger stehen zu ihrer ganz eigenen Energiewende, wohlwissend, dass sie allein den Klimawandel nicht aufhalten werden.

### Wie alles anfang ...

Auslöser war das deutsche Stromeinspeisungsgesetz (StromEinspG), das am 1. Januar 1991 in Kraft trat und erstmals die Verpflichtung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen regelte, elektrische Energie aus regenerativen Quellen abnehmen und vergüten zu müssen. Entworfen hatten das Gesetz die beiden bayerischen Bundestagsabgeordneten Matthias Engelsberger (CSU) und Wolfgang Daniels (Grüne). Vielleicht war das erst vier Jahre zurückliegende Atomunglück in Tschernobyl der Auslöser ihrer Überlegungen.

Mit zwei kleinen privaten Wasserkraftwerken aus ehemaligen Sägemühlen wurde jedenfalls Anfang der 90er-Jahre der erste regenerative Strom in Wildpoldsried produziert. Er wurde größtenteils selbst genutzt, teilweise aber auch ins Netz eingespeist.

Auf die Wasserkraft folgten schon bald die ersten Biogasanlagen. Mehrere Landwirte, damals noch als „Spinner“ abgetan, gehörten hier zu den Pionieren. Sie produzierten aus Gülle, Mist und Silage Biogas. Das war technisch sicher-



Die Wildpoldsrieder standen von Anfang an hinter ihren mittlerweile sehr erfolgreichen Windkraftanlagen.

lich noch nicht optimal, aber der Anfang war gemacht. Strom und Wärme wurden aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugt.

### Ein Dorf geht seinen Weg Stromerzeugung

Bereits 1998 diskutierten Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung bei einer zweitägigen Klausur in der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten, wo die Gemeinde im Jahr 2020 stehen sollte. Visionen und Ziele wurden entworfen und unter dem Motto „Wildpoldsried Innovativ Richtungsweisend – Ein Dorf geht seinen Weg“ wurden die Bürger in einer großen Fragebogenaktion mit ihren Wünschen, Stimmungen und ihrer Kritik miteinbezogen. Neben vielen Themen wie Infrastruktur, Freizeiteinrichtungen, Angeboten für Senio-

ren und Jugendliche waren auch die Nutzung regenerativer Energien und die regionale Wertschöpfung wichtige Bestandteile der Umfrage. Zu dieser Zeit wurden gerade die ersten beiden Bürgerwindkraftanlagen geplant und das Ergebnis war mehr als eindeutig: Die Wildpoldsrieder standen hinter ihrer Windkraft.

Wendelin Einsiedler, dem Planer, war es von Anfang an wichtig, die Bür-

Seit Anfang der 90er-Jahre  
produziert Wildpoldsried  
**REGENERATIVE** Wärme und Strom.

ger mit ins Boot zu holen. Zunächst waren es um die 30, die sich bei der ersten Windkraft-Gesellschaft finanziell beteiligten. Im April 2000 gingen die Anlagen in Betrieb, zeitgleich mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das feste Einspeisevergütungen garantierte und somit auch Planungssicherheit bei den Betreibern schuf.

2001 erhielt die Gemeinde Wildpoldsried den Landespreis der Bayerischen Umweltstiftung für die größte Bandbreite an erneuerbarer Energieerzeugung und wurde Leitprojekt des Kompetenzzentrums Umwelt Augsburg Schwaben (KUMAS). Das spornte die Bürger an, nun weiter diesen Weg zu gehen.

In den folgenden Jahren kamen weitere Windkraftanlagen dazu. Die Anlagen wurden höher, effizienter und immer mehr Bürger beteiligten sich. 2015 waren insgesamt neun Anlagen in Betrieb mit über 600 Bürgerbeteiligungen. Zwei der Anlagen wurden mit Bürgern des Nachbarlandkreises und der Bio-Energie Allgäu, einer Gesellschaft des Allgäuer Überlandwerkes, der Allgäuer Kraftwerke und des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft, umgesetzt. Die Windkraftanlagen produzieren zusammen ca. fünfmal so viel Strom als im Gemeindegebiet verbraucht wird. Dieses Geschenk nutzen die Wildpoldsrieder schon sehr lange.

2001 startete man damit, die Dorfbewohner über Solar- und Photovoltaik zu informieren, und bot mit Sammeleinkaufsaktionen günstige Konditionen an. Ein örtliches Ingenieurbüro beriet die Hausbesitzer vor Ort. Wieder war es zunächst das EEG, das hier den Bürgern eine gewisse Sicherheit für ihre Investition gab. Die Module für die Anlagen waren damals noch deutlich teurer als heu-

### **PHOTOVOLTAIKANLAGEN erzeugen mittlerweile fast den gesamten Stromverbrauch der Gemeinde.**

te. Die Gemeinde belegte die Dächer der kommunalen Gebäude mit Photovoltaikanlagen und bot den Vereinen eine Beteiligung an. Seitdem werden jährlich die Überschüsse an die Vereine für die Jugendarbeit gespendet. Die Millioneninvestitionen haben sich längst amortisiert und die Wildpoldsrieder freuen sich über eine zusätzliche Wertschöpfung. Fast 300 Anlagen mit 5,4 MW Leistung, überwiegend private Anlagen von Wildpoldsrieder Bürgern, sind aktuell zur Stromproduktion in Betrieb. Damit wird beinahe der Stromverbrauch der ganzen Gemeinde erzeugt.

Mittlerweile ist die EEG-Vergütung bei neuen Anlagen gesunken und der Anreiz für Eigenstromnutzung gestiegen. Jedes Haus ein Kraftwerk ist das Ziel der Gemeinde Wildpoldsried, die ihre Photovoltaikbetreiber dazu bringen möchte, mit einem Batteriespeicher den eigenproduzierten Strom auch für die Nacht zu speichern. 2010 wurde in Wildpoldsried daher die Firma sonnen gegründet, die inzwischen als weltweiter Marktführer auf dem Gebiet der Batteriespeicher bekannt ist. Wer Mitglied in der „sonnen-community“ ist, verfügt mittels einer Stromflatrate günstig über Energie und hilft mit, das Netz stabil zu halten. Mit fast 300 Mitarbeitern vor Ort ist die Firma sonnen auch zum größten Arbeitgeber im Energiedorf Wildpoldsried geworden.

### **Wärmeerzeugung**

Neben der Stromproduktion ist auch die Wärmeproduktion ein wichtiger Faktor im Klimaschutzleitbild der Gemeinde. 2005 ging die „Dorfheizung“ in Betrieb. Ziel war es, möglichst viele alte Ölkessel auszubauen und durch regenerative Wärme zu ersetzen. Das dafür gebaute Nahwärmenetz wurde auf mehrfachen Wunsch der Bürger bis heute sieben Mal erweitert und versorgt neben allen kirchlichen und gemeindlichen Gebäuden derzeit insgesamt 50 Häuser mit mehr als 130 Wohnungen sowie ein Gewerbegebiet. Ein weiterer Ausbau ist in Planung.

Geheizt wurde in den Anfängen mit Holzpellets aus der Region, inzwischen sorgt Biogasabwärme für mehr als 95 % der Energiezufuhr. Weitere Nahwärmenetze im Außenbereich wurden direkt von Landwirten gebaut, um ihre Betriebs- und Wohngebäude sowie ganze Weiler und ein weiteres Gewerbegebiet mit Wärme zu versorgen. Viele unserer Landwirte sind auf diesem Weg zu Energiewirten geworden, ein wichtiger Zusatzverdienst in der Landwirtschaft.

### **Effizienz**

Neben der Erzeugung von regenerativer Energie war es ein weiteres Ziel, Strom einzusparen und auf effiziente Technik zu setzen. Durch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED konnte z. B. der Verbrauch um fast 70 % redu-

### **Ein weiteres Prinzip ist Effizienz und EINSPARUNG.**

ziert werden. „Die Alte muss raus“ hieß das Heizungspumpen-Austauschprogramm. Daraus entwickelte sich ein Pilotprojekt, das von vielen bayerischen Gemeinden und Landkreisen kopiert wurde und welches die am Markt erhältlichen Hocheffizienzpumpen ins Gespräch brachte. Vorreiter war das kleine Wildpoldsried auch beim Stromsparwettbewerb, der dann im Oberallgäu landkreisweit eingeführt wurde.

Mit solchen Projekten schaffte es Wildpoldsried, trotz Zubau weiterer Wohn- und Gewerbeeinheiten den Strombedarf im Gemeindegebiet weiter zu reduzieren. Die Einwohner konnten ihre Stromrechnung durch verschiedenste Energiesparmaßnahmen deutlich reduzieren. Die von den Medien immer wieder massiv angeprangerten Strompreiserhöhungen durch die EEG-Umlage ist für die Wildpoldsrieder kein Schreckgespenst mehr. Sie wissen, wie sie ihre Kosten ohne Verlust von Lebensqualität im Griff behalten können.

### **Mit Wildpoldsried in die Zukunft Forschungsprojekte**

Erneuerbarer Strom im Überfluss – das war eine gefundene Spielwiese für das Forschungsprojekt IRENE, das 2011 in Wildpoldsried startete. Siemens und das Allgäuer Überlandwerk testeten zusammen mit den Partnern RWTH Aachen und der Hochschule Kempten „das intelligente Stromnetz der Zukunft“. Wildpoldsrieder Bürger konnten dabei ein halbes Jahr Erfahrungen mit E-Autos machen und begleiteten als Strompioniere das Forschungsprojekt. Seitdem hat sich mit weiteren Projekten wie IREN2 und pebbles<sup>1</sup> eine erfolgreiche Partnerschaft zwischen Universitäten, Forschung, Industrie, Versorgern, Netzbetreibern und der Gemeinde entwickelt.



Aktiv mitmachen beim Forschungsprojekt IRENE: Die Wildpoldsrieder Bürger testeten ein halbes Jahr lang Elektroautos und E-Bikes.

Ein Energiecampus informiert Besucher über die verschiedenen Projekte und Ergebnisse. Die Livedaten der Energieerzeugung sind online einsehbar.<sup>2</sup>

Vor dem Ökologischen Bildungszentrum steht bereits seit Jahren eine Ladesäule für Elektroautos und in der Tiefgarage gibt es drei weitere. Bürger und Gäste können E-Bikes ausleihen und damit die schöne Oberallgäuer Landschaft erkunden. Die Gemeinde selbst

hat drei E-Autos im Einsatz und fährt mit 100 % Bürgerstrom.

2003, Greta Thunberg wurde gerade erst geboren, kamen bereits die ersten Besuchergruppen nach Wildpoldsried, um sich über Erneuerbare Energien und Klimaschutz zu informieren. Aufgrund der vielen Projekte, sichtbar umgesetzt, in meist pragmatischer Vorgehensweise und ohne jahrelange Konzepte, kamen Besuchergruppen aus der ganzen Welt.

Über 800 Delegationen aus allen Kontinenten waren bereits in Wildpoldsried. Sicherlich kann nicht alles in anderen Kommunen übernommen werden, aber vieles konnte doch angeregt und auf den Weg gebracht werden.

### Entwicklungsarbeit

Energie in Länder zu bringen, die bisher noch keinen Zugang zu Strom haben, verfolgt seit 2017 das Projekt „Grüne Energie für Afrika“. Im Zuge des „Marshallplans mit Afrika“ wird die Kampagne durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert. Entwicklungsminister Gerd Müller übergab selbst die ersten Solarkoffer, die die Teilnehmer aus verschiedensten Ländern Afrikas mit nach Hause nehmen durften. Vorab lernten sie in einem 14-tägigen Kurs im Ökologischen Bildungszentrum in Wildpoldsried Details über die Solartechnik und bekamen das Wissen vermittelt, einen Solarkoffer selbst zusammen zu bauen und zu reparieren. Unser Zweiter Bürgermeister, Günter Mögele, ist Berufsschullehrer in Kempten und konzipierte zusammen mit seinen Kollegen Willi Kirchensteiner und Manfred Wolf das gesamte Ausbildungsprogramm.

Mittlerweile haben bereits fünf Kurse in Wildpoldsried und eine Vor-Ort-Ausbildung im Senegal stattgefunden.

Deutsche Berufsschullehrer bilden dabei afrikanische Berufsschullehrer, Regierungsmitarbeiter bzw. Solarteure aus, die als Multiplikatoren vor Ort die Technik weitergeben sollen. Jeder Kursteilnehmer erhält zudem einen Mentor, der ihn über weitere Jahre betreut und berät. Ziel ist es, durch autarke Stromversorgung die Lebensqualität in den afrikanischen Ländern zu verbessern und Bleibeperspektiven zu schaffen.

### Nachhaltige Verantwortung für die Zukunft

Wir übernehmen Verantwortung, heißt es im Klimaschutzleitbild der Gemeinde. Bereits seit 2013 verringert Wildpoldsried mehr CO<sub>2</sub>, als im Gemeindegebiet verursacht wird. Die vorhandene Technik wird effizient eingesetzt und weiter vorangetrieben. Die Pumpen des Nahwärmenetzes, der eigenen Kläranlage sowie des Trinkwassernetzes werden mit PV-Strom betrieben. Wendelin Einsiedler, Betreiber der größten Biogasanlage, erreicht neben der CO<sub>2</sub>-neutralen Strom- und Wärmeerzeugung sowie der Bereitstellung von Regelenergie im Rahmen der Direktvermarktung weitere positive Effekte für die Umwelt durch den Bau einer Gärproduktveredelungsanlage mit Stickstoffrückgewinnung und Separieranlage.

Holz steht in Wildpoldsried als Baumaterial schon lange hoch im Kurs, denn es bindet CO<sub>2</sub>. Ob Schule, Kinderkrippe, Kindergarten, Sporthalle oder Einkaufsmarkt – die Gebäude sind alle aus Holz erbaut. Die Wärme kommt von der Dorfheizung und auf dem Dach wird mit Sonne mehr Strom erzeugt, als benötigt wird. Mit jedem Gebäude wird die Gemeinde somit unabhängiger von Energieimporten und steigert die Wertschöpfung vor Ort.

Das Projekt „Grüne Energie für Afrika“ will mittels **SOLARTECHNIK** Entwicklungsländern eine autarke Stromversorgung ermöglichen.

### Naturschutz

Naturbelassene Regenrückhaltung als Hochwasserschutz, Streuobstwiesen, Ökologischer Badeteich und eine Pflanzenkläranlage ergeben zusammen das Projekt „WiWaLaMoor – Wildpoldsrieder Wasserlandschaften im Moor“. Als Leader-Projekt 2006 umgesetzt, war Wildpoldsried auch hier Vorreiter, was Schutz von Gewässer und Reinigung der Abwässer betrifft. Die Pflanzenkläranlage, zusammen mit der örtlichen Firma Schellheimer umgesetzt, ist ein wichtiger Bestandteil bei den Führungen für Delegationen aus Afrika und Südamerika.

### Und wie geht es weiter?

#### Erfolge...

Die kleine Gemeinde Wildpoldsried hat die Wünsche der Bürgerumfrage schon bis 2010 anstatt bis 2020 erfüllt und ist international Vorreiter in Sachen Energieerzeugung und Klimaschutz. Insgesamt haben hier Gemeinde, Landwirte und Bürger über 50 Millionen Euro in Klimaschutzprojekte investiert. Inzwischen erzeugt der Ort jährlich fast achtmal so viel Strom regenerativ, als im Gemeindegebiet verbraucht wird. Ca. 60 % der Wärme entstehen ohne fossile Rohstoffe. 2018 wurde Wildpoldsried zum zweiten Mal mit dem European Energy Award in Gold ausgezeichnet, bis heute mit der europaweit höchsten

**Wildpoldsried ist internationaler und mehrfach prämiertes VORREITER bei Energieerzeugung und Klimaschutz.**

Punktzahl aller 1.500 teilnehmenden Landkreise, Städte und Gemeinden. Zudem erhielt Wildpoldsried 2019 von Heimatminister Albert Füracker das Gütesiegel Heimatdorf und gehört zu den TOP 3 beim Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2020. Das sind alles Auszeichnungen, die die Bürger auch anspornen, weiterzumachen.

### ... aber leider auch Probleme

Acht weitere interkommunale Bürgerwindkraftanlagen sind schon länger in Planung, ohne jeglichen Bürgereinwand aus der Gemeinde. Sie warten bereits, sich wieder finanziell beteiligen zu dürfen. Einwand gab es aber von Seiten der Deutschen Flugsicherung, die seit Jahren den Bau verhindert. Für den Fall eines doch noch möglichen Ja's wurden bereits alle Auflagen für den Artenschutz umgesetzt, Ausgleichsflächen gestellt sowie alle notwendigen Gutachten erbracht. Trotzdem besteht dann immer noch die Gefahr, dass Bürgerinitiativen aus anderen Gemeinden die 10-H-Regelung geltend machen oder vielleicht ein Schwarzstorch oder Rotmilan entdeckt wird. Letzterer hat sich in Wildpoldsried trotz der vielen Windräder übrigens mehr vermehrt denn je. Artenschutz muss sicherlich sein, aber darf er über den Klimaschutz gestellt werden?

Seit der 10-H-Regelung kommen auch keine Vertreter anderer bayerischer Gemeinden mehr, um sich zum Thema Windkraft zu informieren, obwohl Wildpoldsried noch im Jahr 2012 zum Windstützpunkt ernannt wurde. Kein Bürgermeister möchte mehr die Verantwortung und Vorleistung für ein Projekt übernehmen, das durch den geringsten Einwand verhindert werden könnte. Es fragt sich nur, ob wir so die Klimaschutzziele erreichen können?

Mit Überregulierungen, ideologisch überfrachteter Bürokratie und überbordenden Gesetzen sind wir auf dem besten Weg, Klimaschutz nicht nur für kleine Gemeinden und Bürgergesellschaften unmöglich zu machen. Die Projekte werden teurer, zeitintensiver und sind ohne spezielle Unterstützung, z. B. bei europaweiten Ausschreibungen, gar nicht mehr zu stemmen. Es werden kleine Plastik-Strohhalme verboten und gleichzeitig riesige Mengen Kunststoff, der zunächst in deutscher Manier ordentlich getrennt wurde, in der Welt umhergeschifft, um letztendlich dort zu landen, wo er nicht hingehört. Und dies mit einem enormen Transportaufwand unter großer Klimabelastung. Warum machen wir nicht vor Ort Wärme und Strom daraus – mit hocheffizienter Technik und einer perfekten Rauchgasreinigung? Dass dies geht, beweist jeden Tag der Zweckverband für Abfallwirtschaft in Kempten (ZAK) mit seinem Müll- und Holzheizkraftwerk. Für die Bürger der Gemeinde Wildpoldsried ist dies ein wichtiger Mosaikstein einer zukunftsorientierten Energieversorgung und ökologisch sinnvollen Abfallentsorgung.

Der Aushub gemeindlicher Baumaßnahmen wurde bisher im Gemeindegebiet auf kürzestem Weg wieder eingebaut. Die Einsparung von Lkw-Kilometern, Dieselmotoren und CO<sub>2</sub> dabei war enorm. Seit der Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes aufgrund des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ ist dies aber leider nicht mehr möglich, denn landwirtschaftlich genutzte Mulden im Außenbereich dürfen nicht mehr mit unbelastetem Aushub aufgefüllt werden. Für uns Wildpoldsrieder ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass wir so wichtige Themen wie erneuerbare Energien und Klimaschutz nicht Ideologen überlassen

**Die Rahmenbedingungen für den Klimaschutz sollten nicht **ERSCHWERT** werden.**

dürfen, sondern jeden Tag daran arbeiten müssen, dass die in Paris beschlossenen Ziele konsequent weiterverfolgt werden.

Wildpoldsried ist stolz darauf, dass hier mit enorm viel Bürgerengagement und einer gehörigen Portion gesundem Menschenverstand in den letzten Jahrzehnten sehr viel erreicht werden konnte. Im neuen Leitbild „100 % Klimaschutz bis 2050“ hat die Gemeinde weitere hochgesteckte Ziele formuliert.<sup>3</sup> Ob deren Umsetzung bei den derzeitigen Rahmenbedingungen so erfolgreich gelingen wird, kann zwar bezweifelt werden, aber dennoch gehen wir unseren Weg weiter. ///



### /// ARNO ZENGERLE

**ist seit 1996 Bürgermeister der Gemeinde Wildpoldsried. Ab 2020, nach 24 Jahren als Bürgermeister und 30 Jahren als Kreisrat, wird er sich anderen Aufgaben widmen.**

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> <https://pebbles-projekt.de/>

<sup>2</sup> <http://iren2.ifht.rwth-aachen.de/>

<sup>3</sup> Klimaschutz in Wildpoldsried: <https://www.wildpoldsried.de/index.shtml#wir>

/// Der General bittet zur Wahl

## ALGERIEN IST IN BEWEGUNG

**MARTIN PABST** /// Die erste Welle des „Arabischen Umbruchs“ 2011 vererbte oder mündete in desaströse Bürgerkriege. Acht Jahre später machen gerade jene Staaten mit neuen Massenprotesten von sich reden, die 2011 nur begrenzte Demonstrationen erlebten. In Algerien und dem Sudan wurden 2019 jahrzehntelang amtierende Staatspräsidenten gestürzt, im Libanon und im Irak mussten die Premierminister zurücktreten. In Algerien, dem „Land der Wütenden“<sup>1</sup>, hat der Umbruch begonnen, doch eine neue Ordnung ist noch nicht absehbar.

Algerien schien wie ein unerschütterlicher Fels in der Brandung. Seit 1999 regierte Staatspräsident Abd al-Aziz Bouteflika, der frühere Außenminister und Veteran des Kampfes gegen die Franzosen. Hinter ihm standen die Armee und die mächtige frühere Einheitspartei Front de libération nationale (FLN), die ihre Legitimität aus jenem opferreichen Befreiungskrieg herleiteten, außerdem weitere regierungsnahen Parteien sowie mit der Regierung verbundene Unternehmer.

Frankreich machte mit seinen früheren Gegnern gute Geschäfte und identifi-

zierte das 2,38 Mio. km<sup>2</sup> große und heute ca. 43 Mio. Einwohner zählende Land als sicherheitspolitischen Puffer gegen Libyen und den Sahel. 2012 schloss man ein Kooperationsabkommen. Paris setzte auf die vertrauten Eliten und befürchtete politische Veränderungen, die den Migrationsdruck erhöhen konnten.

Regelmäßige, wenngleich nicht nachprüfbar Wahlen und eine vergleichsweise großzügige Medienfreiheit boten den Algeriern Ventile für Kritik. Dank des Öl- und Gasreichtums und hoher Energiepreise konnte aufkommende Unzufriedenheit mit Gehaltserhöhungen



Die jungen Algerier hoffen auf einen echten Generationenwechsel in der politischen Führung.

im Staatsdienst und Subventionen auf Güter des täglichen Bedarfs beruhigt werden. Im Jahr 2010 versilberte Staatspräsident Bouteflika die erheblichen Devisenreserven und stieß einen Fünfjahresplan (2010-2014) in Höhe von 286 Mrd. USD an. Damit wurden der großzügige Ausbau des Straßen- und Schienennetzes bzw. der Strom- und Wasserversorgung sowie der Wohnungsbau und Investitionen im Gesundheitsbereich angestoßen. Diese Sektoren waren vernachlässigt worden, und die Probleme hatten sich durch das jährliche Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 1,8 % (1995-2019) verschärft.

Verschiedene Ursachen waren für die politische Passivität der Bürger verantwortlich. So waren viele Algerier konfliktscheu angesichts eines Befreiungskrieges (1954-1962) mit hunderten Tausenden Toten und eines brutalen

Bürgerkriegs zwischen Militär und militanten Islamisten (1991-2002) mit an die 150.000 Toten. Viele Bürger fürchteten „libysche“ oder „syrische“ Verhältnisse und begrüßten Stabilität, wurden in dieser Haltung natürlich auch von ihrer Regierung bestärkt.

Schließlich war es in Algerien gar nicht so einfach, gegen jemanden zu protestieren. Staatspräsident Bouteflika war kein Diktator vom Schlage eines Ben Ali in Tunesien oder Gaddafi in Libyen. Er

**Vergangene Kriege schürten den Wunsch der Algerier nach politischer STABILITÄT.**

war 1999 vom Militär eingesetzt worden, aufgrund einer früheren Korruptionsaffäre möglicherweise erpressbar und damit in gewisser Weise zivile Stafage, wenngleich er und seine Entourage ihren Einfluss und ihre Pfründe allmählich erweitern konnten. Weil Bouteflika den desaströsen Bürgerkrieg 2002 beendete und den massiven Einfluss des Militärs einschränkte, genoss er in der ersten Hälfte seiner Präsidentenzeit sogar eine gewisse Zustimmung.

Die eigentliche Macht hielt sich im Hintergrund – „le pouvoir“ nennen die Algerier jenes nebulöse Netzwerk aus Generälen, Großunternehmern und einflussreichen Familien, dessen genaue Strukturen nur ansatzweise bekannt sind und das sich schamlos am Volkseigentum bereichert. Die große Linie wird gemeinsam entschieden, doch rivalisierenden Klans wie der von Bouteflika angeführten „Oujda Clan“ oder der „Clan de l’Est“.

Die Islamisten, die in anderen arabischen Ländern über effiziente Mobilisierungsinstrumente und beträchtlichen Rückhalt verfügen, sind in Algerien kein vergleichbarer Faktor. Denn aufgrund der Gewaltexzesse militanter Islamisten im Bürgerkrieg sind sie bei vielen Bürgern diskreditiert. Zudem ist die Bewegung zersplittert: Die Front islamique du salut (FIS), erdrutschartige Wahlsiegerin im ersten Wahlgang 1991 vor dem Staatsstreich des Militärs, wurde verboten, ihre Führer sitzen im Gefängnis, sind ins Ausland geflüchtet oder haben der Politik „geläutert“ den Rücken gekehrt. Militante Gruppierungen wurden weitgehend niedergekämpft bzw. sind in die Sahelzone ausgewichen. Ihre letzten Kämpfer werden in entlegenen Zipfeln der kabyllischen Berge als Rechtfertigung für die exorbitanten Befugnisse

der Sicherheitskräfte geduldet und eingeeht. Die legalen Islamisten haben sich – mit tatkräftiger Förderung durch die Regierung – in diverse Parteien zersplittert. Den stärksten Zulauf hat inzwischen der unpolitische Salafismus. Er wird von der Regierung toleriert, denn die gut überwachten Bärtigen in frommen Nischenmilieus stellen das System nicht infrage.

### Die letzten Jahre hatte der **UNPOLITISCHE** Salafismus in Algerien den stärksten Zulauf.

Frustrierte arbeitslose Jugendliche aus den Unterschichten haben sich in Parallelgesellschaften zurückgezogen, halten sich als hitistes („Mauersteher“) mit Gelegenheitsarbeiten und Schwarzhandel über Wasser oder suchen ihr Glück als harragas („Verbrenner“ ihrer Pässe) in der riskanten Migration nach Europa. Der dramatische Legitimitätsverlust des Staates unter Jugendlichen zeigt sich in Aussagen wie der folgenden: „Die Regierung tut nichts für uns. Sie gibt dir keine Arbeit. Und wenn du eine hast, wirst du ausgenutzt. Du hast keine Rechte. Arbeitest hart, verdienst nichts. Aber du hast ja keine Wahl. Diese Jugend ist verloren. Keine Hoffnung, keine Zukunft. Die Jugendlichen sind depressiv, nehmen Drogen, Alkohol, um zu vergessen – und um vom Glück zu träumen. [...] Ich will ins Boot. Nach Europa: nach Frankreich, Italien, Barcelona oder Deutschland!“<sup>2</sup>

Der Energiereichtum kommt der breiten Bevölkerung nicht zugute. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 17 %, unter Jugendlichen gar bei 50 %. Im Januar 2011 führten Preiserhöhungen zu anwachsenden Protesten, wie in Tunesien kam es zu Selbstverbrennungen. Doch ab Mai diesen Jahres konnte die Regierung die Demonstrationen mit einer Mischung aus „Zuckerbrot und Peitsche“ eindämmen. Unterschichten, zivilgesellschaftliche Aktivisten und Oppositionelle fanden nicht zusammen. Die kritische Masse für eine systemgefährdende Protestbewegung war nicht gegeben.

Warum hat sich die Lage acht Jahre später geändert? Im Wesentlichen sind zwei Ursachen verantwortlich: Der Fall der Energiepreise und das Scheitern der regierenden Eliten, den Generationswechsel zu managen.

Erdgas und Öl machen in Algerien etwa 60 % der Staatseinnahmen und 95 % der Exporteinnahmen aus. Gerade für die Südschiene der Europäischen Union ist Algerien ein wichtiger Lieferant. So bezieht Frankreich von dort 10 % seines Erdgasbedarfs und 8,5 % seines Ölbedarfs. Andere Sektoren der algerischen Wirtschaft wurden sträflich vernachlässigt, von Importlizenzen ausländischer Waren profitieren gerade regierungsnaher Unternehmer. Auch am Tourismus zeigte man, anders als Tunesien und Marokko, kein Interesse, son-

### Erdgas und Öl machen an die 95 % der **EXPORTEINNAHMEN** aus.

dern schottete sich mit hohen Visahürden vor Besuchern ab.

Ab 2002 stieg der internationale Ölpreis steil an und erreichte im Juli 2008 ein Rekordhoch von 147 USD pro Fass der Sorte Brent. Nach dem Einbruch im Zuge der Weltfinanzkrise stieg er zum 20. Juni 2014 wieder auf 114,55 USD, um dann am 18. Januar 2016 auf ein ungeahntes Tief von 28,55 USD pro Fass zu fallen. Die Gaspreise lehnen sich an den Ölpreis an und nahmen eine ähnliche Entwicklung. Zwar hat sich der Ölpreis zum 5. Dezember 2019 wieder auf 65,67 USD erholt, doch sind die Mittel des Staates für Investitionen und Dienstleistungen massiv geschrumpft. Sparmaßnahmen mussten eingeleitet werden, die die ärmere Bevölkerung und die untere Mittelschicht hart treffen.

Zum anderen haben es die regierenden Eliten versäumt, den überfälligen Generationenwechsel umzusetzen. Sie beziehen ihre Legitimation aus dem Befreiungskrieg. Dies bedeutet, dass weiterhin die Generation der 65- bis 80-Jährigen dominiert. Staatspräsident Abd al-Aziz Bouteflika hatte 2014 das stolze Alter von 78 Jahren erreicht, Premierminister Abdelmalek Sellal war 66, Parlamentspräsident Mohamed Larbi Ould Khelifa 75, der Vorsitzende des Oberhauses Abdelkader Bensalah 72 und der Armeechef Ahmed Gaïd Salah 74 Jahre alt. Jungen Algeriern bedeutet der Befreiungskrieg nicht mehr so viel wie ihren Eltern. Bestenfalls erkennen sie geschichtliche Leistungen an, sehen darin aber keine Legitimation für gegenwärtige Vorrechte.

Viele Algerier hofften, dass die regierenden Eliten die Präsidentschaftswahl von 2014 nutzen würden, um den Generationenwechsel umzusetzen. Sie setzten auf eine politische Dynamik zugun-

ten jüngerer, reformorientierter Politiker. Doch wurde der von drei Schlaganfällen gezeichnete Abd al-Aziz Bouteflika wieder als Kandidat des mächtigen FLN ins Rennen geschickt. Nach offiziellen Angaben gewann er angeblich 81,53 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 51,7 % – der bisher schlechtesten überhaupt. Doch hielten Beobachter vor Wahllokalen allenfalls eine Beteiligung von 20 % bis 30 % für wahrscheinlich. Die Wahlkommission hatte keineswegs unabhängig agiert; internationale Wahlbeobachter waren nicht zugelassen worden.

Abd al-Aziz Bouteflika war mit dem Rollstuhl ins Wahllokal geschoben worden. Mit großer Mühe murmelte er die Vereidigungsformel. Seit seiner Wiederwahl 2014 absolvierte er keine öffentlichen Auftritte mehr und war kaum noch im Fernsehen zu sehen. Immer öfter musste er sich zu medizinischen Behandlungen nach Frankreich begeben. Zunehmend war unklar, wer eigentlich regierte – ein Kandidat war der wegen seiner Machenschaften besonders unbeliebte jüngere Bruder und Präsidentenberater Saïd Bouteflika.

Über die Hälfte der Algerier sind unter 30 Jahre. Sie betrachten den Zustand ihres Landes als Provokation. Die Gerontokratie symbolisiert für sie Entscheidungsschwäche und Perspektivlosigkeit und beleidigt die nationale Würde.

**Die junge Bevölkerung wird von einer weitaus älteren **GENERATION** regiert.**

2014 war noch nicht genug: Nach langen Spekulationen über einen möglichen Nachfolger kündigte der offenkundig nur noch eingeschränkt amtsfähige, 82-jährige Staatspräsident am 10. Februar 2019 an, bei den Wahlen am 18. April 2019 für eine fünfte Amtsperiode zu kandidieren. Entweder hatten die mächtigen Eliten dabei versagt, sich auf einen Nachfolgekandidaten zu einigen, oder sie wollten den überfälligen Generationenwechsel noch einmal hinausschieben. Wahrscheinlich traf beides zu.

Die Ankündigung löste am 22. Februar landesweite Proteste mit hunderten Demonstranten aus, derweil Bouteflika zur erneuten medizinischen Behandlung nach Genf reiste. Auch die teilweise Abschaltung des Internets konnte die Volksbewegung nicht stoppen. Oppositionskandidaten zogen nun ihre Bewerbung zurück bzw. forderten dazu auf, die Wahl zu boykottieren.

Der Druck auf den Staatspräsidenten nahm zu. Dieser (bzw. dessen Entourage) versuchte zu laviieren, indem er am 11. März nach einem Gespräch mit dem Generalstabschef und stellvertretenden Verteidigungsminister Ahmed Gaïd Salah zwar auf eine erneute Kandidatur verzichtete, aber seine bestehende Amtszeit durch Einberufung einer „Nationalkonferenz“ auf juristisch fragwürdige Weise unbefristet verlängern wollte.

Schließlich trat am 26. März General Salah an die Öffentlichkeit. Der bisherige Bouteflika-Vertraute drohte mit einem Enthebungsverfahren gemäß Artikel 102 der Verfassung wegen Amtsunfähigkeit. Am 29. März wurden die bislang größten Demonstrationen registriert. Allein in der Hauptstadt Algier gingen viele hunderttausende Demonstranten auf die Straße, vielleicht sogar

1 Million. Das Militär griff nicht ein, sondern solidarisierte sich mit den von General Salah als „legitim“ bezeichneten Forderungen des Volkes.

Abd al-Aziz Bouteflika bildete am 31. März eine neue Regierung unter Premierminister Noureddine Bedoui, die ein weites politisches Spektrum abdecken sollte und nur noch sechs bisherige Minister enthielt. Am 1. April gab er bekannt, spätestens bis Monatsende zurückzutreten, doch bereits einen Tag später musste er sein Amt mit sofortiger Wirkung quittieren. Die Demonstranten jubelten, doch gingen ihnen diese Schritte nicht weit genug. Sie forderten den grundständigen Umbau des korrupten politischen Systems. „Yetnahaw Gaa!“ (Sie müssen alle gehen!) ist einer der populärsten Slogans.

**Am 2. April 2019 trat der Präsident aufgrund heftiger **PROTESTE** und auf Druck des Militärs zurück.**

Inzwischen bezeichneten sich die Demonstranten als „Hirak“, was auf Arabisch „Bewegung“ heißt. Jeden Freitag und an vielen Dienstagen haben sie seit Februar landesweit protestiert. Sie repräsentieren einen breiten Querschnitt der Bevölkerung: Junge, Mittelalte und Alte, Unterschichten, Mittelständler und Akademiker, Männer und Frauen, Araber und Berber. Häufig ziehen Familien gemeinsam durch die Straßen. Auch Berufsverbände wie Vereinigungen von Ärzten, Rechtsan-

wälten oder Professoren treten geschlossen auf.

Zum Einlenken Bouteflikas hatten Gespräche mit dem früheren algerischen Botschafter und UNO-Spitzendiplomaten Lakhdar Brahimi beigetragen. Dieser rief seine Landsleute zu Geduld auf – Algerien könne einen radikalen Wandel nicht ohne erfahrene Kräfte bewältigen. Ansonsten drohe Chaos.

Möglicherweise hatte das Bouteflika-Lager noch versucht, durch einen Staatsstreich an der Macht zu bleiben. Denn gut einen Monat später, am 4. Mai, wurden der Präsidentenbruder Saïd, bald darauf die ihm nahestehende trotzkistische Politikerin Louisa Hanoune und die früheren Geheimdienstchefs Athmane Tartag und Mohammed Médiène alias „Toufik“ wegen „Verschwörung gegen den Staat“ festgenommen. Letzterer hatte von 1990 bis 2015 als gefürchtete graue Eminenz mit brutalen Mitteln jedwede Opposition unterdrückt. Sie sollen geplant haben, durch Ausrufung des Ausnahmezustands die Protestbewegung niederzuschlagen, General Salah abzusetzen und den früheren Staatspräsidenten General a. D. Liamine Zéroual ins Präsidentenamt zu hieven. Zéroual sagte aus, dass er von Médiène angesprochen worden sei, aber abgelehnt habe. Im September wurde das Quartett zu je 15 Jahren Haft verurteilt.

Das Eingreifen von Armeechef Salah wurde von der Hirak zwiespältig beurteilt. Einerseits führte es zum Rücktritt des verhassten Staatspräsidenten, andererseits erinnerte dieser nicht verfassungsmäßige Schritt unheimlich an frühere Einmischungen der Armee – 1965 und 1991 hatte das Militär Staatsstrieche verübt. Ein Slogan der Demonstranten lautete daher: „Weder

ein Königreich noch eine Kaserne!“ Man fürchtet das „Ägyptische Modell“, d.h. die indirekte Machtübernahme des Militärs mit einem Staatspräsidenten aus dessen Reihen in einer gelenkten Demokratie. Andererseits trennen die Demonstranten klar zwischen der Armeeführung und der Armee, wenn sie zum Beispiel skandieren: „el djeisch, esh-shaab – khawa, khawa!“ (die Armee und das Volk sind Brüder!). In der Tat sympathisieren viele Wehrpflichtige und auch jüngere Offiziere mit den Zielen der Hirak.

Die Demonstranten forderten nun einen Rücktritt der verbliebenen „drei B“ – des Oberhausvorsitzenden und damit Interimspräsidenten Abdelkader Bensalah, des Interimspremierministers Noureddine Bedoui und des Verfassungsratsvorsitzenden Tyeb Belaïz. Auch lehnten sie die auf den 4. Juli angesetzte, rasche Wahl ab – zunächst müsse eine neue Verfassung erarbeitet und angenommen werden, erst dann könnten freie und faire Wahlen stattfinden.

Risse im Verhältnis zwischen General Salah und der Protestbewegung deuteten sich Mitte April an, als der Armeechef drohte, dass sich das Militär „alle Optionen“ zur Lösung der Krise vorbehalte. Die Zeit laufe aus.

Mit Verhaftungen von mutmaßlich korrupten Unternehmern und Politikern aus dem Umfeld des Bouteflika-Lagers sollten die Demonstranten beschwichtigt werden. Ende März attackierte Armeechef Salah die Umgebung von Abd al-Aziz Bouteflika als „Bande“, und umgehend erwischte es den Bauunternehmer Ali Haddad, einen dreisten Günstling von Saïd Bouteflika. Im April wurden die im Ingenieursektor von vielen lukrativen Staatsaufträgen profitierenden Kouninef-Brüder und der reichs-

te Mann des Landes Izzad Rebrab (Vorstand des Stahl-, Elektronik- und Nahrungsmittel-Konglomerats Cevital) wegen Verdachts auf Korruption, Veruntreuung von Staatsgeldern und anderen Vorwürfen verhaftet. Im Juni waren die früheren Premierminister Ahmed Ouahiya und Abdelmalek Sellal, ehemalige Minister sowie weitere Unternehmer an der Reihe.

Durch **VERHAFTUNGEN** von **korrupten Politikern sollten die Massenproteste eingedämmt werden.**

Die Hirak begrüßte das Vorgehen grundsätzlich, kritisierte jedoch die fehlende Unabhängigkeit der Justiz und forderte grundständige Reformen. In der Tat war die Verhaftung prominenter Günstlinge noch keine Wegmarke der Demokratisierung. Die Armee beglich damit alte Rechnungen und machte wieder deutlich, wer das eigentliche Sagen im Land hat. Auch wurde die systemische Korruption damit nicht ausgerottet. So sind viele Generäle „Importbarone“, d. h. sie verfügen über die exklusiven Lizenzen für die Einfuhr bestimmter Güter.

Die auf Initiative des Übergangspräsidenten Bensalah angebotene „Unabhängige Kommission für Nationalen Dialog und Vermittlung“ konnte ihre Arbeit nicht entfalten. Die Hirak-Bewegung forderte als Vorbedingung die sofortige Freilassung politischer Gefange-

ner, doch General Salah legte sein Veto dagegen ein. Auch schloss er eine Verfassungsreform aus.

Der Wahltermin am 2. Juni wurde wieder abgesagt, zumal sich kaum geeignete Kandidaten zur Verfügung stellten. Doch beharrten Übergangsregierung und Militär nun auf einer Präsidentenwahl am 12. Dezember. Die Hirak rief zum Boykott auf, da dieser Schritt viel zu früh komme und keine Transparenz gewährleistet sei. In der Tat wurde zwar eine neue „Nationale Unabhängige Wahlbehörde“ gebildet, deren Leitung aber einem Repräsentanten des Systems übertragen, dem 73-jährigen früheren Justizminister Mohamed Charfi.

Bis in den September verhielten sich die Sicherheitskräfte zurückhaltend. Dann verschärfte General Salah das Vorgehen. So mobilisierte er die Gendarmerie, verbot Nichteinwohnern, in Algier zu demonstrieren und ging gegen Omnibus- und Fahrzeugbetreiber vor, die diese transportierten. Zunehmend erfolgten nun Verhaftungen. Schon Ende Juni war der bekannte 86 Jahre alte Kriegsveteran Lakhdar Bouregaa festgenommen worden, am 11. September wurde der Vorsitzende der nicht anerkannten Partei Union démocratique et sociale (UDS) verhaftet, wenige Tage später die bekannten Hirak-Aktivistinnen Samir Belarbi und Fodil Boumala, schließlich Karim Tabbou und Abdelouhab Fersaoui. Vorgeworfen wurde ihnen Schädigung der territorialen Integrität, des nationalen Interesses oder des Ansehens der Armee. Bis Ende November waren mindestens 200 Demonstranten und Journalisten inhaftiert.

Das Zeigen der Berberfahne hatte die Armee bereits im Juni verboten. Die

Berber (Amazigh) aus der Kabylei sehen sich benachteiligt und fordern eine Autonomie sowie die Anerkennung ihrer Sprache Tamazight als Amtssprache, nicht nur als Nationalsprache. Immer wieder haben sich dort Aufstände ereignet. General Salah ließ Demonstranten mit Berberfahnen festnehmen und äußerte: „Algerien hat nur eine Flagge, für die Millionen Algerier als Märtyrer gefallen sind.“<sup>3</sup> Durch sein Vorgehen gegen angeblichen „Separatismus“ verschaffte er sich einerseits eine Legitimation zur Unterdrückung von Demonstrationen, andererseits versuchte er, Zwist unter den Demonstranten zu säen.

Die stolzen Algerier reagieren empfindlich auf äußere Einmischung. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hielt sich daher zurück, zumal an die 4 Millionen Menschen mit algerischen Wurzeln in Frankreich leben. Der inzwischen größte Wirtschaftspartner Algeriens ist China. Traditionell folgt Peking dem Prinzip der

Demonstranten mit **BERBERFAHNEN** ließ General Salah festnehmen.

Nichteinmischung, doch es verfolgt aufmerksam die Entwicklungen. Die Sympathien liegen eher bei einer von den Sicherheitskräften gestützten Regierung, die Stabilität garantiert, als bei einem Regimewechsel mit unkalkulierbaren Veränderungen. Aus Saudi-Arabien, das in Ägypten die Machtüber-

nahme von General Abd al-Fattah as-Sisi unterstützt hat und in Libyen den starken Mann General Chalifa Haftar fördert, ist Respekt für die Armee und den Interimspräsidenten Bensalah zu hören, der einst Botschafter in Riad war. Die saudische Zeitung „Arab News“ warnte vor Destabilisierung und einer möglichen Instrumentalisierung der Lage durch die Muslimbruderschaft. Islamisten treten bei der Hirak jedoch nicht signifikant hervor.<sup>4</sup>

General Salah drohte jedem, der sich der Präsidentschaftswahl im Dezember in den Weg stellt, „eine gerechte und strenge, ja sogar abschreckende Strafe“<sup>5</sup> an. Die Wahrung von Stabilität wurde zum Mantra des Armeechefs. Gegen die einflussreichen sozialen Netzwerke der Protestbewegung (z. B. das „Collectif des jeunes engagés“) wurden Trolle und Fake News eingesetzt. Gepriesen wurde die glorreiche Armee, man warnte vor Chaos, Spaltungsversuchen, angeblicher ausländischer (insbesondere französischer) Einflussnahme und beschuldigte die ganz überwiegend friedliche Protestbewegung angeblicher Gewalttaten.

Fünf Präsidentschaftskandidaten wurden zugelassen: Die beiden früheren Premierminister Abdelmadjid Tebboune (74 Jahre; Unabhängiger; im Amt 2017) und Ali Benflis (75 Jahre; Talaie-El-Houriyate-Partei; im Amt von 2000-2003), die beiden früheren Minister Az-zedine Mihoubi (60 Jahre; RND) und Abdelkader Bengrina (57 Jahre; Al Bina Al Watani-Partei) sowie der langjährige FLN-Funktionär und Gründer der Front El Mouktabal Abdelaziz Belaïd (56 Jahre).

Auf Demonstrationen wurden alle Kandidaten als Marionetten des Regimes denunziert, was freilich nicht ganz

zutrifft. Der einstige FLN-Politiker Benflis hatte schon 2003 Abd al-Aziz Bouteflika die Gefolgschaft aufgekündigt, sich für Menschenrechte und liberale Wirtschaftsreformen eingesetzt und war 2004 und 2014 erfolglos als Gegenkandidat angetreten, bei letzterer Wahl auch klar behindert worden. Als Berber aus Batna symbolisierte Benflis zudem die Diversität des Landes und setzte sich für den Dialog mit der Protestbewegung ein. Freilich war er mit 75 Jahren der älteste Kandidat.

Tebboune galt als der Mann von Armeechef Salah. Er suchte mit seiner einstigen Kritik an Günstlingen von Saïd Bouteflika zu punkten, die ihm nach nur drei Monaten das Premierministeramt gekostet hatte. Freilich war er lange Gefolgsmann des Staatspräsidenten gewesen und hatte dessen fünfte Kandidatur unterstützt. Tebboune versprach Stabilität und die Wiedergewinnung veruntreuter Gelder. Als Favorit der beiden großen Systemparteien galt der Kandidat des Rassemblement National Démocratique (RND) Mihoubi, dem Anfang Dezember auch die FLN ihre Unterstützung erklärte. Hinter ihm standen auch die Vereinigten Arabischen Emirate, zu denen er aus seiner Zeit als Kulturminister langjährige Beziehungen pflegte. Er sprach sich gegen Übergangsinstitutionen aus, hob die Bedeutung der Armee hervor und versprach Reformen.

**Trotz massiver Proteste wurden NEUWAHLEN schon für den 12. Dezember organisiert.**

Belaïd ging mit einem nationalistischen Programm in die Wahl. Einziger islamistischer Kandidat war Abdelkader Bengrina von der kleinen Partei Al-Bina Al-Watani (Achtung! Volk!). Er entstammte der bedeutenderen Partei Mouvement de la société pour la paix (MSP). Diese zur Familie der Muslimbruderschaft zählende Parlamentspartei boykottierte die Wahlen. Bengrina behauptete einseitig, die Hirak-Bewegung zu repräsentieren, machte gegen Frankreich Stimmung und setzte sich für einen unnachsichtigen Kampf gegen Korruption ein. Auch sympathisierte er mit der Polygamie, um die „gefährliche“ Zahl alleinstehender Frauen zu reduzieren. Früher hatte er allerdings Abd al-Aziz Bouteflika unterstützt. Nicht wenige hielten ihn für einen „System-Islamisten“, denn die regierenden Eliten waren stets darauf bedacht, loyale Islamisten zu kooptieren.

Aufgrund der massiven Proteste mieden die Kandidaten die großen Städte und konzentrierten sich auf den ländlichen Raum. Mitunter wurden ihnen keine Räume zur Verfügung gestellt. Trotz Verboten, den Wahlkampf zu stören, versuchten Demonstranten immer wieder, die Kandidaten direkt zu konfrontieren. Dafür durften diese im Fernsehen auftreten: Erstmals in der Geschichte des Landes wurde am 8. Dezember eine – recht brave – TV-Debatte der Kandidaten ausgestrahlt.

In den letzten Tagen vor der Wahl wurde im Staatsfernsehen immer wieder Armeechef Salah gezeigt, wie er vor hohen Offizieren zu Ruhe und Ordnung aufrief und die Wahlteilnahme zur patriotischen Pflicht erklärte. Auch der Übergangsregierung las er wie einer Schulklasse die Leviten. Von den Kandidaten und ihren Programmen war im

Staatsfernsehen wenig, von der Protestbewegung praktisch nichts zu sehen.

Zwei Tage vor der Wahl wurde den Algeriern ein Spektakel geboten: Die ehemaligen Premierminister Ouahiya und Sellal wurden vor laufenden Kameras wegen Schmiergeldzahlungen im Automobilsektor zu 15 bzw. 12 Jahren Haft und Geldstrafen verurteilt. Das Urteil sollte die Entschlossenheit von Armee und Übergangsregierung zur Korruptionsbekämpfung verdeutlichen.

**Tebboune GEWANN die Präsidentschaftswahl bereits in der ersten Runde.**

Bereits in der ersten Runde gewann der Kandidat des Militärs Tebboune mit absoluter Mehrheit. Ohne jede belastbare Datengrundlage hatte sein Team schon stolz verkündet, dass er mit 64 % gesiegt habe – das offizielle Ergebnis waren dann 58,2 %. Auf den zweiten Platz kam überraschend der Islamist Bengrina mit 17,4 %, auf den dritten Platz Benflis mit 10,6 %. Die letzten Plätze belegten Mihoubi mit 7,3 % und Belaïd mit 6,7 %. Die Wahlkommission stufte die Wahl als „frei und fair“ ein. Die Beteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 39,9 % der registrierten Wähler, was angeblich „zufriedenstellend“ war. Damit wären es gut 10 % weniger als 2014 gewesen – nur jeder Dritte hätte demnach seine Stimme abgegeben.

Freilich konnte niemand unabhängig überprüfen, wie viele Wähler über-

haupt wahlberechtigt waren und inwiefern die Wählerliste aktualisiert worden war. Beobachter halten allenfalls ca. 20 % Wahlbeteiligung für wahrscheinlich. Auch gibt es Berichte über Betrug. So stürmten Demonstranten am Wahltag in Algier und in der Kabylei Wahllokale. Dort verkündeten die Demonstranten, Urnen mit vorausgefüllten Stimmzetteln erbeutet zu haben. Von den Vorgängen existieren auch Filmaufnahmen.

Die Demonstranten machten keinen Hehl aus ihrer Verachtung – sie riefen: „Die Abstimmung ist gefälscht – Eure Wahlen interessieren uns nicht und Euer Präsident wird uns nicht regieren“; „Keine Wahl mit den Banden – sie müssen alle eliminiert werden“ und „Tebboune ist schlimmer als Bouteflika“.<sup>6</sup> Auch nach der Wahl gehen die Proteste weiter. Die Hirak muss nun freilich Führer und Strukturen präsentieren sowie konkrete inhaltliche Gegenentwürfe entwickeln.

Die Armeeführung hat ihre Geschlossenheit bewahrt und ist weiterhin der mächtigste Staat im Staat, kann sich nun aber nicht mehr hinter einer zivilen Fassade verstecken und riskiert den Verlust ihrer geschichtlich erworbenen Legitimität. Tebboune bot der Hirak den Dialog an. Hierfür müsste er signifikante Konzessionen wie die Freilassung von politischen Gefangenen und die Gewährung uneingeschränkter Medienfreiheit machen. Offen ist, ob Tebboune den notwendigen Freiraum haben wird, um die Rolle eines Mittlers zwischen System und Protestbewegung zu übernehmen, und ob er dies auch will.

Die Armeeführung hat drei Optionen: Sie kann auf das Management des Status Quo setzen und nach bewährtem Muster auf die Kooptierung von

Gegnern und ein allmähliches Auslaufen der Protestbewegung hoffen, sie kann die Wahl als Legitimation für eine gewaltsame Niederschlagung der Proteste nutzen und sie kann Wege suchen, aus einer Position der Stärke einen neuen Gesellschaftsvertrag auszuhandeln. Dies würde angesichts der massiven Abwendung breiter Volksschichten und der fortschreitenden Überalterung der Regierungseliten langfristig die größte Stabilität versprechen. Sollte es jüngeren Offizieren gelingen, in die höchsten Generalsränge aufzusteigen, würde letztere Option wahrscheinlicher. Der Generationswechsel steht auch hier bevor – ein Paukenschlag war der überraschende Herztod des 79-jährigen Ar-

**Die aktuelle Regierung hat die Chance, einen neuen **GESELLSCHAFTS-VERTRAG** auszuhandeln.**

meechefs und starken Mannes, General Salah, nur 11 Tage nach der Präsidentschaftswahl. Nachfolger ad interim ist der ihm nahestehende Generalmajor Said Chengriha, der bisherige Heereskommandant. Bemerkenswert ist, dass er als erster Armeechef einer Generation entstammt, die nicht mehr am algerischen Befreiungskrieg teilgenommen hat. Ein aktiver Reformier wird der in Russland ausgebildete, 74-jährige Militärstrategie und Anti-Terror-Spezialist wohl nicht werden, doch wird er möglicherweise eine Persönlichkeit des Übergangs sein.

Algerien verfügt über eine lebendige Zivilgesellschaft und herausragende Akademiker und Geschäftsleute, die bislang von der politischen Macht ferngehalten wurden. Sie sind bereit, sich in einen echten Reformprozess einzubringen. Auch stehen respektierte Persönlichkeiten wie z. B. Lakhdar Brahimi oder der ehemaligen Reformpremier Mouloud Hamrouche (1989-1991) für die Leitung einer Übergangsregierung oder einer Verfassungskonferenz zur Verfügung. Aus dem „Land der Wütenden“ muss ein „Land der Hoffnung“ werden. ///



**/// DR. MARTIN PABST**  
ist Politikwissenschaftler und Leiter des Büros Forschung & Politikberatung, München.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> So charakterisierte Marc Dugge Algerien bereits im Jahr 2012, vgl. Dugge, Marc: „Hogra“ in Algerien – das Land der Wütenden, in: Deutschlandfunk, 8.2.2012, [https://www.deutschlandfunk.de/hogra-in-algerien-das-land-der-wuetenden.724.de.html?dram:article\\_id=100458](https://www.deutschlandfunk.de/hogra-in-algerien-das-land-der-wuetenden.724.de.html?dram:article_id=100458), Stand: 16.12.2019.

<sup>2</sup> Zit. nach Dugge: „Hogra“ in Algerien.

<sup>3</sup> Zit. nach Controversy Over Berber Flags Overshadows Demand for Departure of Regime Figures, in: Asharq al-Awsat, 22.6.2019, <https://aawsat.com/english/home/article/1779826/controversy-over-berber-flags-overshadows-demand-departure-regime-figures>, Stand: 16.12.2019, Übersetzung durch den Autor.

<sup>4</sup> Islamist specter haunts Algeria, in: Arab News, 20.4.2019.

<sup>5</sup> Zit. nach Der General gibt Befehle, in: FAZ, 10.9.2019.

<sup>6</sup> Zit. nach Algeria election: Fresh protests as Tebboune replaces Bouteflika, in: BBC News, 13.12.19, <https://www.bbc.com/news/world-africa-50782676>, Stand: 16.12.2019, Übersetzung durch den Autor.

/// Zeiten des Aufbaus und des Wandels

## DIE PROJEKTE DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG IN TUNESIEN, ALGERIEN UND LIBYEN

**SAID ALDAILAMI** /// Seit mehreren Jahrzehnten ist die Hanns-Seidel-Stiftung in Algerien aktiv. Dabei steht sie angesichts politischer Umwälzungen und administrativer Hürden vor der Herausforderung, neue Partner zu gewinnen und die eigenen Projektmaßnahmen den Verhältnissen vor Ort ständig anzupassen. Gleichzeitig bieten jedoch eine erstarkende Zivilgesellschaft und die lebendige akademische Landschaft ein großes Potenzial für die Zukunft Algeriens.

### Aktuelle Lage

Seit seiner Gründung im Jahr 1989 unterstützt das Regionalbüro der Hanns-Seidel-Stiftung (Tunesien, Algerien, Libyen) mit Dienstsitz in Tunis vor allem Ausbildungseinrichtungen, wissenschaftliche Forschungseinheiten und staatliche Institutionen in Algerien. Dabei machen die spezifischen politischen Umstände Alge-

riens und das vorherrschende Misstrauen gegenüber internationalen nichtstaatlichen Akteuren die Umsetzung der Zusammenarbeit zu einer großen Herausforderung. Die Dynamik der Projektaktivitäten vor Ort hat in den letzten Jahren abgenommen, bleibt jedoch im Vergleich zum Nachbarland Libyen insgesamt auf einem beachtlichen Niveau.



Sitz des Regionalbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis (Tunesien, Algerien, Libyen).

Um an die alte Maßnahmendichte der Jahre 2000 bis 2016 wieder anzuknüpfen, arbeitete das Team der Stiftung in den letzten beiden Jahren daran, Kontakte wiederherzustellen und neue Kooperationen zu erschließen. Erstmals Früchte trug diese Arbeit am 5. und 6. November 2018, als die Stiftung die historische Partnerschaft mit dem Forschungszentrum für soziale und kulturelle Anthropologie in Oran (Centre de Recherche en Anthropologie Sociale et Culturelle – CRASC) wiederaufnahm und eine Fortbildung für junge maghrebische Doktoranden organisierte.

Doch kaum war es der Hanns-Seidel-Stiftung gelungen, wieder Aktivitäten in diesem für alle Akteure der inter-

Die Arbeit der HSS in Algerien steht derzeit vor neuen **HERAUSFORDERUNGEN**.

nationalen Zusammenarbeit heiklen Umfeld durchzuführen, erlebte das Land am 24. Februar 2019 einen historischen Wendepunkt. Mit dem Beginn einer bis heute andauernden Protestwelle, dem sogenannten Hirak, gegen die herrschende Klasse unter dem mittlerweile zurückgetretenen Präsidenten

Abd al-Aziz Bouteflika sind alle bisherigen Strukturen und Institutionen in Frage gestellt. Eine Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren, die in dem stark zentralisierten Staat nach wie vor unumgänglich ist, wurde dadurch weiter erschwert. Trotz dieser Umstände ist es dem HSS-Büro Tunis im Jahr 2019 gelungen, mit dem Obersten Institut für Management und Planung (Institut Supérieur de Gestion et de Planification – ISGP) einen weiteren Partner zu gewinnen und im Land präsent zu bleiben.

### Die Partner der HSS vor Ort

Bei CRASC handelt es sich um eine öffentliche, wissenschaftliche und technologische Einrichtung, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Grundlagen für eine angewandte Forschung in der Sozial- und Kulturanthropologie im Einklang mit den durch die algerische Bevölkerungsentwicklung erwachsenden Bedürfnisse zu erforschen. Dabei ist das CRASC nicht nur Forschungszentrum, sondern auch eine Plattform für die akademische internationale Zusammenarbeit. Es bietet somit einen idealen Rahmen für die Kooperation mit algerischen Universitäten in allen Regionen des Landes und sichert gleichzeitig die akademische Qualität der Dozenten und Studienprogramme. In Kooperation mit CRASC konnte die HSS 2019 mit mehreren algerischen Universitäten wie beispielsweise der Universität von Algier oder der Universität von Ghardaya im Süden des Landes zusammenarbeiten. Das Partnerschaftsabkommen zwischen der HSS und dem CRASC soll nach erfolgreichem Abschluss der Pilotprojektphase im Frühjahr 2020 unterzeichnet werden.

Auch bei ISGP handelt es sich um eine öffentliche Einrichtung. Mit Sitz in

Algier und unter der Aufsicht des Finanzministeriums bietet das ISGP in erster Linie ein Forum für die Ausbildung von Spitzenkräften der algerischen Staatsführung und wirtschaftlicher Führungskräfte. Mit dem Fokus auf Verwaltungs- und Finanzmanagement ist das Institut dabei in erster Linie darum bemüht, Kompetenzen im Bereich der guten Regierungsführung und der nachhaltigen Entwicklung zu vermitteln. Dies schlägt sich auch in den Aktivitäten der HSS mit dem Partner nieder. So richtete die HSS auf Grundlage eines zweijährigen Kooperationsvertrages, der im März 2019 unterzeichnet wurde, ein internationales Symposium zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas aus, bei dem Themen wie Rechtssicherheit und Investorenschutz im Mittelpunkt standen. Die Planungen für das Jahr 2020 sind noch nicht abgeschlossen. Mindestens vier gemeinsame Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung sollen aber im kommenden Jahr stattfinden.

Mit CRASC und ISGP gibt es derzeit zwei wichtige **PARTNER-ORGANISATIONEN** vor Ort.

### Thematische Schwerpunkte der Arbeit vor Ort

Die Prioritäten der Aktivitäten der HSS in Algerien sind das Ergebnis eines intensiven Austausches mit den algerischen Partnern. So fand am 14. Februar 2019 in Algier ein Koordinationstreffen mit allen derzeitigen und potenziellen



Planungsworkshop mit den algerischen Partnerorganisationen aus den Universitäten und Rechercheeinheiten im Februar 2019.

Partnern statt, um deren spezifischen Bedarf zu ermitteln und Strategien der erfolgreichen Zusammenarbeit auszuarbeiten. Der Workshop ermöglichte es den Vertretern zahlreicher Universitäten, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und Lösungsansätze vorzuschlagen. Dabei trugen die Anliegen in erster Linie den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen Rechnung, die das Land derzeit erlebt. So gehörten der Wunsch nach Forschungsförderung und die Bitte um Unterstützung von wissenschaftlichen Veranstaltungen sowie die Unterstützung von Doktoranden zu den wichtigsten Anliegen, die im Rahmen des Workshops geäußert wurden.

Konkret wurde ein besonders großer Bedarf im Bereich von wissenschaftlichen Publikationen identifiziert. Daher hat die HSS beschlossen, ihr Engagement im Bereich der Förderung der Ver-

öffentlichung von Büchern und wissenschaftlichen Zeitschriften zu verstärken und zu einem Kernziel der Zusammenarbeit zu erheben. Als Begegnungsstätte für politische Entscheidungsträger, gesellschaftliche Eliten und die Vertreter der Zivilgesellschaft gleichermaßen sind die Universitäten zudem ein idealer Ort, um bereits vorhandene Reformbestrebungen in den Bereichen gute Regierungsführung und Dezentralisierung, die beiden Hauptsäulen der Arbeit der HSS im gesamten Maghreb, zu unterstützen.

### Die aktuellen Aktivitäten der HSS

Abgesehen von der angesprochenen Unterstützung von wissenschaftlichen Publikationen ist die Stiftung in einem ersten Schritt bestrebt, die Kapazitäten der Feldforschung vor Ort auszubauen, da insbesondere im Bereich der Sozial-

wissenschaften ein großer Bedarf an Primärdaten vorherrscht. Aus diesem Grund hat die HSS im Sommer 2019 einen Workshop für 20 junge Doktoranden von algerischen und tunesischen Universitäten organisiert, in welchem diese sich über ihre Felderfahrungen austauschen konnten. Zudem wurden verschiedene Formen der Inter-

**Das HSS-Büro Tunis UNTERSTÜTZT junge Wissenschaftler bei ihrer Forschung und ihren Publikationen.**

aktion zwischen Forschern und ihren Gesprächspartnern aufgezeigt. Die schwierigen Verhältnisse vor Ort zwingen die Forscher oft dazu, ständig zu improvisieren und neue Wege zu erschließen. Daher zielte der Workshop darauf ab, die Komplexität und Vielfalt der Untersuchungssituationen darzustellen und zu analysieren, damit die jungen Akademiker aus den Erfahrungen ihrer Vorgänger lernen und sich besser auf ihre Feldforschung vorbereiten können.

Zusätzlich führte die HSS in Kooperation mit dem CRASC im Spätsommer 2019 einen Workshop zum Thema politische und gesellschaftliche Eliten im Maghreb und deren Rolle in Zeiten des Umbruchs durch. Dabei wurde sowohl über die öffentliche Wahrnehmung bestimmter Eliten als auch über die Rolle einzelner elitärer Gruppen wie etwa Intellektuelle, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, aber auch Frauen als

Teil einer neuen Elite, diskutiert. Zusätzlich bot die Veranstaltung die Gelegenheit, eine Partnerschaft zwischen tunesischen und algerischen Universitäten zum Thema lokale und nationale Eliten und ihre Rolle bei den laufenden Veränderungen zu initiieren und somit den interregionalen wissenschaftlichen Diskurs zu stärken.

Abgesehen von rein akademischen Veranstaltungen engagierte sich das HSS-Büro Tunis 2019 im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung in Algerien. Hierzu richtete die HSS ein internationales Symposium zum Thema Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation aus. Nahezu hundert Forscher, Regierungsbeamte und algerische sowie maghrebinische Unternehmer kamen dabei zusammen, um die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung einer Handels- und Investitionsgerichtsbarkeit in Algerien zu diskutieren. Die mehrtägige Veranstaltung bot zudem einer Vielzahl von interessierten Studenten und Jungunternehmern die Gelegenheit, sich mit den anwesenden Experten auszutauschen und eigene Ideen und Konzepte weiterzuentwickeln.

#### **Zukünftiges Engagement**

Aufgrund des aktuell stattfindenden Umbruchs in Algerien gestaltet sich derzeit die Arbeit eher schwierig. Projekte lang- und mittelfristig zu planen,

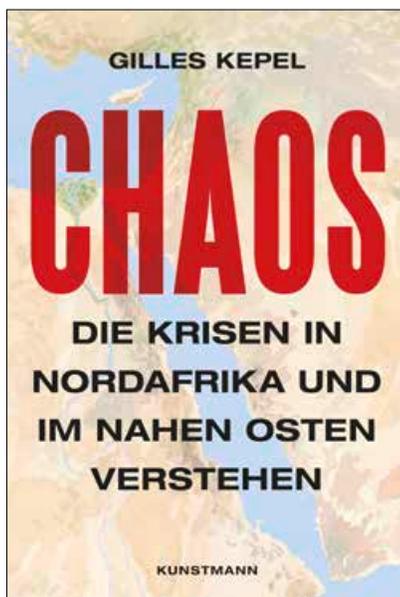
**Algerien soll zukünftig noch stärker im Maghreb und Europa VERNETZT werden.**

ist nahezu unmöglich. Vor allem der Ausgang der Präsidentschaftswahlen vom 12. Dezember 2019 und der unerwartete Tod des mächtigen Generalstabschefs am 23. Dezember sind Schlüsselereignisse, die die politische Zukunft Algeriens maßgeblich determinieren werden. Nichtsdestotrotz wird das HSS-Büro Tunis gemeinsam mit seinen Partnern weiterhin Seminare, Konferenzen und Symposien im Bereich der akademischen Bildungsarbeit organisieren. Dies hat abgesehen von den thematischen Schwerpunkten der jeweiligen Veranstaltungen auch den Zweck, den Kontakt zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Eliten im Land immer wieder herzustellen und Algerien noch stärker im

Maghreb und in Europa zu vernetzen. Dieser nationale und internationale Vernetzungsgedanke kann für ein Land wie Algerien gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. ///



**/// DR. SAID ALDAILAMI**  
ist Leiter des Regionalbüros Tunis der Hanns-Seidel-Stiftung.



Kepel, Gilles: Chaos. Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten verstehen. München: Antje Kunstmann Verlag 2019, 494 Seiten, € 28,00.

/// Veränderungsprozesse als Gefahr für Europa

## MESSERSCHARFE ANALYSE NORDAFRIKAS UND DES NAHEN OSTENS

Zahlreiche Bücher sind inzwischen zum „Arabischen Frühling“ bzw. Arabischen Umbruch“ erschienen. Manche schöpfen aus Vorgängern, ohne viel Neues hinzuzufügen, andere verlieren sich in den Detailentwicklungen einzelner Staaten, wieder andere gefallen sich in alarmierenden Zerfalls- und Untergangsszenarien. All dies trifft auf die bemerkenswerte Neuerscheinung des

renommierten französischen Soziologen und Arabisten, Professor Gilles Kepel, nicht zu. Anhand einer über Jahrzehnte erworbenen Detailkenntnis, regelmäßiger persönlicher Aufenthalte vor Ort und hochrangiger Begegnungen mit handelnden Akteuren analysiert er messerscharf die fundamentalen Veränderungsprozesse in der Europa benachbarten Großregion. Beige-

fügt sind zehn detaillierte geopolitische Farbkarten.

Kepel hatte die Muße, eine umfassende Bestandsaufnahme zu verfassen, wurde er doch zweimal vom „Islamischen Staat“ zum Tode verurteilt und musste einige Jahre lang zurückgezogen unter Polizeischutz leben. Seinem Buch merkt man an, dass er entschiedener Vertreter des Laizismus ist. Der Idee, „gemäßigten“ Islamisten entgegenzukommen oder sie in die Regierung einzubinden, steht er sehr kritisch gegenüber und arbeitet vielfältige Verbindungen z. B. zwischen Muslimbruderschaft und militanten Islamisten bzw. Dschihadisten heraus.

Gemäß Kepel hat die Islamisierung der Großregion in den 1970er-Jahren eingesetzt. Den Dritten Nahostkrieg 1967 hätten die arabischen Staaten noch als säkular-nationalistischen Krieg geführt, den Vierten Nahostkrieg 1973 hingegen zum „Heiligen Krieg“ (dschihad) erklärt. Islamistische Bewegungen hätten von der Enttäuschung über versagende nationalistische Politiker, großzügigen Fördergeldern der durch den sprunghaften Ölpreisanstieg reich gewordenen Golfmonarchien sowie der Duldung unpolitischer salafistischer Gruppierungen durch arabische Herrscher profitiert.

Nach 1979 habe ein islamistischer „Überbietungswettbewerb“ eingesetzt. Zum einen habe sich Saudi-Arabien wahabitischer Extremisten im eigenen Land erwehren müssen, die vorübergehend die Große Moschee in Mekka besetzten. Zum anderen sei es von der revolutionären Islamischen Republik Iran mit ihrem moderneren, auch soziale Probleme adressierenden und global ausgerichteten Islamismus in den Hintergrund gedrängt worden. Als Antwort

darauf habe Saudi-Arabien zunächst in Afghanistan zum globalen dschihad aufgerufen. Diese hätte nach dem Abzug der Roten Armee fatale Folgen gehabt, als sich die arabischen mudschahedin als gottgewollte Sieger sahen und zur Fortsetzung des Kampfes in ihre Heimatländer zurückkehrten bzw. Strategien für den weltweiten Kampf gegen den Westen entwickelten. Zwei Faktoren hätten den „Überbietungswettbewerb“ nach 2011 noch einmal gesteigert: Der Bruch im sunnitischen Lager zwischen dem auf salafistische und reaktionäre Partner setzenden Saudi-Arabien und den auf die Muslimbruderschaft fixierten Staaten Katar und Türkei.

Kepel unterscheidet drei Phasen des Dschihadismus: Zunächst seien Organisationen in Ländern wie Ägypten und Algerien bestrebt gewesen, den „nahen Feind“ zu stürzen, also die in ihren Augen „gottlosen Regime“. Dann habe in einer zweiten Phase al-Qaida ebenso erfolglos versucht, die Muslime weltweit zu einem von oben organisierten dschihad gegen den „fernen Feind“ zu mobilisieren, unterstützt durch symbolhafte Großattentate in westlichen Staaten. Angeleitet durch die Konzepte der „beiden Abu Musabs“, des Terror-Theoretikers Abu Musab as-Suri und des Terror-Praktikers Abu Musab az-Zarqawi (Führer des IS-Vorläufers „Al-Qaida in Mesopotamien“), habe daraufhin eine dritte dschihadistische Phase eingesetzt. Ihre Kennzeichen seien eine Strategie von unten: die netzwerkartige Kooperation, die Mobilisierung mittels sozialer Medien, die Vereinigung der Kampfschauplätze Europa und arabische Welt, die Steigerung medienwirksamer Brutalität, die dezidiert antischiitische Ausrichtung als zusätzliches Mobilisierungsinstrument sowie die Gründung

staatsähnlicher Strukturen. Kepel hält es für möglich, dass wir nach der Niederkämpfung des IS eine vierte dschihadistische Phase erleben werden, deren neue Ausdrucksform sich an die verarmten Massen in den zerstörten Staaten wenden wird.

Islamisten hätten 2011 nur geringen Anteil an der arabischen Protestbewegung gehabt, doch sich die Entwicklungen schnell zunutze gemacht. In kaum einem arabischen Staat sei es gelungen, die gebildeten jugendlichen Aktivisten, den sozial absteigenden Mittelstand sowie die verarmten Unterschichten zu einer säkularen Oppositionskoalition zusammenzuschmieden. In der religiös, ethnisch und tribal komplex strukturierten Levante sei die Protestbewegung zudem schnell Opfer von Gruppengesellschaften und dem islamistischen „Überbietungswettbewerb“ der Regionalmächte geworden. Nur Tunesien bilde aufgrund der Nähe zu Europa, der großen Entfernung zu Einflussmächten wie Iran und Saudi-Arabien, der schon im 19. Jahrhundert eingeleiteten Modernisierungen, der kosmopolitischen Küstenebene sowie der breiten Mittelschicht und Zivilgesellschaft eine Ausnahme. Diese sei aufgrund der prekären Wirtschaftslage allerdings fragil.

Während die USA den arabischen Raum weitgehend ihren regionalen Verbündeten überlassen hätten, sei Russland dort zur klaren Führungsmacht aufgestiegen. Doch setze es auf vier miteinander rivalisierende Regionalverbündete (Iran, Israel, Saudi-Arabien, Türkei), was Moskau zunehmend in ein Dilemma bringe. In der Tat: In der jüngsten Frage einer türkischen Schutzzone in Nordsyrien kostete es Russland bereits einige Anstrengungen, einen Kompromiss herbeizuführen.

Kepel versäumt es nicht, darauf hinzuweisen, dass die Folgen von Dschihadismus, neo-reaktionären Diktaturen und Dauerbürgerkriegen „den ureigenen Geist und dauerhaften Bestand der Europäischen Union infrage“ stellen. Damit ermuntert er die Europäer zu politischem Handeln, nicht nur zur finanziellen Beteiligung am Wiederaufbau.

DR. MARTIN PABST,  
MÜNCHEN

Bommarius, Christian:  
Die neue Zensur: Wie wir  
selbst unsere Meinungs-  
freiheit bedrohen. Berlin:  
Bibliographisches Institut  
2019, 128 Seiten, € 16,00.



„So variantenreich wie die Zensur, so schillernd und verschlungen ist auch ihre Geschichte“, schreibt der Journalist Christian Bommarius in seinem Buch „Die neue Zensur“, das im März 2019 im Bibliographischen Institut erschienen ist. Die Geschichte der Zensur reicht von der Antike bis in die Gegenwart. Seit Jahrhunderten ist sie ein beliebtes Herrschaftsinstrument. Die Neigung, Vertretern unerwünschter Ansichten den Mund zu verbieten, ist zeitlos und allgegenwärtig. Zurzeit feiert die Zensur ein lautes Comeback durch das Internet. Hasskommentare im Netz bringen Menschen zum Schweigen. Das erfahren heutzutage auch allzu oft Politiker. Die politische Diskussion ist rauer geworden, und gesellschaftliche Regeln werden immer weniger beachtet. „Silencing“ nennt Bommarius das, was heute die Meinungsfreiheit bedroht.

Seit 1949 garantiert in Deutschland das Grundgesetz Meinungsfreiheit und verbietet die Zensur. Im Internet, insbesondere in den sozialen Medien, sieht Christian Bommarius dieses Kernelement unserer Demokratie heute jedoch massiv gefährdet. Hass und Häme bestimmen den Ton online. Einerseits wird von Google, Facebook, Instagram

und Co. unverdrossen und oft ohne Transparenz gefiltert, sortiert, gelöscht und gesperrt – das ist Zensur, nur nennt es der Gesetzgeber bisher nicht so. Andererseits treten immer mehr Nutzer selbst das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen: Sie verwandeln das Netz in eine Kloake von Rufmord, Beleidigung und Einschüchterung mit dem Ziel, andere zum Schweigen zu bringen. In seinem streitbaren Buch fordert Bommarius endlich auch in der digitalen Welt die Standards einer offenen demokratischen Gesellschaft zu garantieren und einzuhalten. Denn Facebook, Instagram und Co. sind heutzutage weitaus mehr als soziale Netzwerke, sie sind die Meinungsmaschinen und Zensoren unserer Zeit.

Bommarius zeichnet in seinem Buch die Geschichte der Zensur durch historische Beispiele nach. Seit den Anfängen des modernen Buchdrucks und der Druckerpresse durch Johannes Gensfleisch (genannt Gutenberg) im Jahre 1450 erlebte die Zensur eine neue Breitenwirkung. Die Erfindung revolutionierte die herkömmliche Methode der Buchproduktion und löste in Europa eine Medienrevolution aus. Bis zum Buchdruck lag das Monopol für die Vielfältigung von Büchern bei gebildeten Mönchen und Nonnen in den Skriptorien der Klöster. Die christlichen Eliten, allen voran der Papst und der in Mainz ansässige Erzbischof Berthold von Henneberg, sahen ihre Bildungshoheit bedroht und wollten diesen Fortschritt durch Verbote unterdrücken. Man wollte das deutsche Publikum vor angeblichen theologischen und philosophischen Irrlehren bewahren. Noch heute gibt es Buchverbrennungen durch religiöse Fanatiker, wie zum Beispiel im Dezember 2001 die christlichen Funda-

mentalisten unter der Führung von Jack Brock, Prediger der radikalen Christ Community Church, in der amerikanischen Kleinstadt Alamogordo im südlichen New Mexico. Das Buch, das er den Flammen übergab, sei Hexenwerk, Satanszeug und Anleitung zur Zauberei. „Hinter diesem unschuldigen Gesicht sitzt die Kraft satanistischer Dunkelheit,“ sagte Brock und warf einen Harry-Potter-Band in die Flammen.

Doch nicht nur die Kirche zensiert. Auch Regierungen und Diktatoren nutzen gerne das Mittel der Zensur, um ihren Gegnern den Mund zu verbieten. Die NS-Zeit sowie das sowjetische Regime setzten die Zensur als Mittel der Unterdrückung ein. Heute lässt sich beobachten, wie das chinesische Regime und andere Despotien die Zensur einsetzen, um unerwünschte Aussagen zu unterdrücken. Bommarius weist auch noch auf einen anderen Ausdruck der Zensur hin: eine Autorin, die eine Lesung in einer Buchhandlung absagt, weil diese Bücher von Rechten und Rechtsextremen anbietet. Dies zeigt, dass Zensur nicht nur mit bösen Absichten auftritt, sondern in manchen Fällen auch eine Form von Protest darstellen soll.

Das Buch ist mit 128 Seiten recht kurz gefasst, aber es ist prägnant und regt zum Nachdenken an. Bommarius setzt sich differenziert mit dem kontroversen Begriff Zensur auseinander und plädiert für eine zivilisierte Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes. Seit Jahrhunderten zieht sich die Zensur durch die menschliche Geschichte und erreicht nun in Zeiten des Internets einen neuen Tiefpunkt. Zu dieser neuen, in seinen Augen, besorgniserregenden Art schreibt Bommarius: „Wer der Angst erliegt, der lässt nichts mehr von sich hören, denn er bringt kein Wort

mehr heraus. Wer einmal einen veritablen Shitstorm an der eigenen Person erlebt oder bei einem anderen beobachtet hat, der wird sich vielleicht selbst stumm ein Schweigegeflüster sprechen, das ihn, so hofft er, in Zukunft vor der Wut des Pöbels bewahrt.“

NICO MÜNCH,  
UNIVERSITÄT AUGSBURG



AlDailami, Said: Jemen.  
Der vergessene Krieg.  
München: C. H. Beck 2019,  
265 Seiten, € 16,95.

Seit 2015 herrscht im Jemen Krieg. Die UN spricht seit Jahren von der größten humanitären Katastrophe unserer Zeit. Und trotzdem hat man in Deutschland lange nichts von diesem Konflikt gehört. Darum heißt das Buch des Islamwissenschaftlers Said AlDailami auch „Jemen. Der vergessene Krieg“. Den Grund, weshalb das Drama in dem südlichsten Land der arabischen Halbinsel in Europa so wenig präsent ist, sieht der Autor vor allem darin begründet, dass es uns nicht direkt betrifft. Der Jemen grenzt nicht ans Mittelmeer, weshalb, anders als im Fall Syriens, nicht Millionen Menschen hierher flüchten. Ent-

sprechend sind die medialen Berichterarer und bislang ist nicht ein einziges Buch auf Deutsch erschienen, das sich dem Thema schwerpunktmäßig widmet. Diese Lücke hat AlDailami nun geschlossen.

Der Autor, der selbst aus dem Jemen stammt, führt den Leser mit einer angenehmen Mischung aus Fachwissen und Anekdoten in die reiche Geschichte und Kultur des Landes ein. Gleichzeitig stellt er dessen Besonderheiten heraus: etwa die von Stammesstrukturen geprägte Gesellschaft oder die Rolle des zaiditischen Islam, einer Minderheitsströmung innerhalb der schiitischen Konfession.

Vor allem aber gelingt es dem Autor, den Leser durch die jüngere Geschichte und den Verlauf des Krieges zu führen und dabei die wechselhaften und widersprüchlichen Allianzen der verschiedenen politischen Fraktionen verständlich nachzuzeichnen. So stellt er die Karriere des 2011 gestürzten Machthabers Ali Abdullah Saleh dar, die politische Entwicklung der Huthis und die sozialen Hintergründe für die Abspaltungsbewegung im Süden des Landes. Es wird verständlich gemacht, wie etwa aus den Erzfeinden Huthis und Saleh vorübergehend militärische Partner werden konnten, oder weshalb das Herrscherhaus der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) heute Separatisten unterstützt, die die Fahne der ehemaligen sozialistischen Volksrepublik Südjemen schwenken.

Auch auf die anderen Akteure des Krieges geht der ehemalige Bundeswehroffizier ausführlich ein. Neben den bereits genannten sind das vor allem Saudi-Arabien und die von Riad und den VAE unterstützte „international anerkannte Regierung“ des eigentlich nur bis 2014 als Übergangspräsidenten ein-

gesetzten Mansur Hadi sowie verschiedene jemenitische Milizen. Auch hier bringt AlDailami Licht ins Dunkel: Er stellt die bis heute nicht bewiesene direkte Einmischung des Iran infrage und lehnt den Begriff des „Stellvertreterkrieges“ ab. Stattdessen benennt er die macht-, geo- und wirtschaftspolitischen Interessen Riads und Abu Dhabis. Diesen gehe es vor allem um die Absicherung des eigenen „Hinterhofs“, um gigantische Wirtschaftsprojekte wie einer Pipeline von Saudi-Arabien zur jemenitischen Hafenstadt Makalla oder den Bau einer riesigen Brücke, mit der die Emirate ihren Einfluss in Ostafrika ausbauen wollen. Zudem hätte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman den Krieg im Jemen genutzt, um seinen innenpolitischen Machtanspruch geltend zu machen.

AlDailami zeigt aber auch die Verantwortung „des Westens“ auf. Insbesondere die USA, Großbritannien und Frankreich unterstützten die saudisch geführte Militärkoalition direkt (Luftbetankung von Kampffjets, Einsatz amerikanischer Kampfdrohnen und französischer Spezialeinheiten) und indirekt (politische Rückendeckung, militärische Zusammenarbeit und Rüstungslieferungen). Letzteres, kritisiert AlDailami, gilt auch für die Bundesrepublik. Zu ergänzen wären im Fall Deutschlands noch die Beteiligung der Bundespolizei am saudischen Grenzschutz und die Ausbildung saudischer Offiziere durch die Bundeswehr. Zudem werden die US-amerikanischen Drohnen vom Rheinland-Pfälzischen Ramstein aus gesteuert. Der Autor kritisiert mehrfach die Inkonsequenz der UNO und dass die EU ihrem Anspruch einer Friedensmacht im Fall des Jemen nicht gerecht werde.

AlDailami legt nicht nur das erste Buch auf Deutsch vor, das sich speziell dem Jemenkrieg widmet. Es ist eine der wenigen deutschsprachigen Monographien überhaupt, die sich mit der jüngeren Geschichte und der modernen jemenitischen Gesellschaft auseinandersetzen. Ergänzt wird das Buch zudem durch hilfreiche Karten, die die regionale Lage der Republik, ihre formelle politische Gliederung und den Frontverlauf des Krieges im Sommer 2018 abbilden.

Kritisch anzumerken ist allenfalls, dass der Verlag sich dafür entschieden hat, die Quellennachweise nicht im Buch abzudrucken, sondern online zur Verfügung zu stellen, „um den Lesefluss ... nicht zu sehr zu beeinträchtigen“. Das macht die Nachprüfbarkeit unnötig umständlich. Der Autor jedoch hat ein im besten Sinne des Wortes populärwissenschaftliches Buch vorgelegt: Es ist zugänglich geschrieben und schafft es, die komplexen Sachverhalte verständlich abzubilden, ohne allzu sehr zu verkürzen. Dadurch kann es dazu beitragen, das Drama, das sich derzeit im Jemen abspielt, einer breiten Öffentlichkeit bewusst und begreifbar zu machen. Es ist zu hoffen, dass das Buch viele Leser findet.

LEON WYSTRYCHOWSKI,  
RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM



Frankopan, Peter:  
Die neuen Seidenstraßen.  
Gegenwart und Zukunft  
unserer Welt.  
Berlin: Rowohlt Verlag  
2019, 352 Seiten, € 22,00.

Die Seidenstraßen als die Lebensadern einer längst vergangenen Zeit erwachen in China erneut zum Leben. Man sagt: „Alle Wege führen nach Rom“, doch schon bald werden sie wieder durch das Reich der Mitte führen.

Der Buchtitel „Die neuen Seidenstraßen: Gegenwart und Zukunft unserer Welt“ verdeutlicht, dass sich unsere Welt, so wie wir sie aus unserer europäischen Sicht kennen, verlagern wird – in Richtung Osten. China investiert seit Jahren Milliarden in neue Infrastrukturprojekte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Teilen Afrikas. Mit dem Buch schildert Peter Frankopan, welche Auswirkungen die sich neu bildende Kooperation auf die derzeitigen Großmächte, namentlich die Vereinigten Staaten, aber auch die Europäische Union haben. Während man im asiatischen Raum auf bi- und multilaterale Kooperation baut, ist der Westen verhalten, protektionistisch und zum Teil rückwärtsgewandt.

Das Buch ist raffiniert gegliedert, indem der Autor den Bestandteil der „Straße“ als Weg und vor allem als Verbindung in jedem seiner einzelnen Kapitel aufgreift. Der Leser bekommt dadurch das Gefühl, als reise er durch das Buch.

Die Reise beginnt bei den „Straßen in den Osten“ und endet bei den „Straßen in die Zukunft“. Es ist hilfreich, dass Frankopan Historiker ist, denn dadurch werden neben den tagespolitischen und sicherheitsrelevanten Themen auch kulturelle sowie historische Verknüpfungen gezogen, die manch einem nicht gleich ins Auge springen.

In Deutschland stößt es vielen auf, wenn es wieder heißt, die Chinesen hätten ein weiteres deutsches Unternehmen gekauft. Doch zu früheren Zeiten war dies genau andersherum der Fall. Damals reiste der reiche Westen um die Welt und kaufte ganze Interieurs zum allgemeinen Vergnügen. Heute ist es der Osten, der aus Begeisterung heraus einen englischen Fußballclub erwirbt. Ungewöhnlich ist dies ganz und gar nicht, im Osten vermehren sich mit dem Wirtschaftswachstum ganze Bevölkerungen. Es wird immer mehr sichtbar, dass der Osten zum Westen hin aufschließt. So befindet sich beispielsweise eines der lebhaftesten Tech Start-ups im Iran. Ferner, so der Autor, entstehen in Teilen des Ostens ganze Städte neu. Dies ist vom Design her viel einfacher, als alte Stadtteile auf Vordermann zu bringen – was dem Osten in die Hände spielt.

Im Kapitel „Die Straßen nach Peking“ wird sichtbar, dass die „One Belt, One Road Initiative“ (so wird die neue Seidenstraße auch genannt) keineswegs ein Luftschloss darstellt. Chinas Präsident Xi Jinping ist dabei, das Großprojekt in die Wirklichkeit umzusetzen. Derzeit gehören 80 Länder mit 4,4 Milliarden Menschen dazu. China nutzt seine Position äußerst geschickt. Das Reich der Mitte kann sich als gönnerhafte Nation präsentieren, da es in verschiedenen Ländern neue Infrastruktur ermöglicht. Gleichzeitig festigt das Land seine

Machtposition gegenüber den USA. Ein Beispiel hierfür ist die Situation im Südchinesischen Meer. China beansprucht große Teile dieses Meeres und würde sogar Maßnahmen ergreifen, sollten die künstlich aufgeschütteten Inseln, auf denen sich unter anderem auch Flugplätze befinden, zerstört werden.

Dass China gleichzeitig durch die hohen Kreditvergaben an einzelne Länder deren potenzielle Zahlungsunfähigkeit in Kauf nimmt, ist insofern ein cleverer Schachzug, da ein davon betroffenes Land entweder in die totale Abhängigkeit gezwungen wird und sich China somit „einkaufen“ kann. Oder diese Länder müssen China große Dankbarkeit dafür erweisen, mithilfe der ermöglichten Infrastrukturprojekte die eigene wirtschaftliche Situation verbessern zu können.

Im weiteren Verlauf des Buches wird die Rivalität zwischen China und den USA mit den gegenseitig verhängten Strafzöllen aufgegriffen. Frankopan beschreibt, dass diese Zölle laut der ehemaligen IWF-Chefin Christine Lagarde eigentlich eher symbolischer Natur seien. Auch treibt die USA damit seine eigenen Feinde zusammen und steht möglicherweise bald einsam da. Neben der protektionistischen Haltung und der wie erwähnt einhergehenden Alleinstellung der USA findet der Autor es völlig legitim, internationale Strukturen (wie z. B. den INF-Vertrag) aufzukündigen, um diese damit zu erneuern. So ist es jedoch äußerst unpraktisch, mehrere Baustellen gleichzeitig zu öffnen und sich dann aus diesen herauszuziehen. Auch dadurch können andere Länder wie zum Beispiel Russland der USA zu Recht vorwerfen, sie halten sich nicht an internationale Standards. Dies führt zu einer weiteren Isolation in einer sich zunehmend vernetzenden Gesellschaft.

Das letzte Kapitel „Die Straßen in die Zukunft“ zeigt in Frankopans Buch ein eher ernüchterndes Bild für die westliche Hemisphäre. „Die alte Welt ist plötzlich aufgewacht und hat eine neue Welt zur Kenntnis genommen, die sich seit Jahrzehnten herausgebildet hat“, so der Autor. Der Westen ist momentan zu sehr mit sich selbst beschäftigt, und wenn dieser nicht aufpasst, verpasst er den Anschluss. Denn die Welt dreht sich weiter und wächst noch mehr zusammen, ob mit der westlichen Welt oder ohne sie.

CHRISTIANE VON CZETTRITZ UND NEUHAUS,  
UNIVERSITÄT MARBURG



Korte, Karl-Rudolf: *Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten*. Campus Verlag: Frankfurt / New York 2019, 388 Seiten, € 26,00.

Einer der bekanntesten deutschen Politikwissenschaftler schreibt ein Buch über Bundespräsidenten. Das ist bemerkenswert – einmal, weil Karl-Rudolf Korte sich nicht nur als Wissenschaftler tief in dieses Thema eingearbeitet hat, sondern weil er auch engen Kontakt mit einigen der von ihm beschriebenen Akteuren hatte oder zumindest längere Gespräche und Interviews mit allen Bundespräsidenten der letzten zwei Jahr-

zehnte geführt hat. Aber auch deswegen, weil sich die deutsche Politikwissenschaft mit dem Bundespräsidenten nur am Rande beschäftigt, dieser zwar in den Lehrplänen vorkommt, aber „in den Klausuren praktisch nie eine Rolle“ spielt (S. 10).

Der Autor will aber nicht nur eine Forschungslücke schließen, sondern die realen Machtoptionen („Machtsorten“, S. 15) unserer Bundespräsidenten ausloten. In drei großen Kapiteln fasst er die Gestaltungsoptionen, das Gestaltungswissen und die Gestaltungsräume des Amtes und der handelnden Personen (die Gesichter der Macht) zusammen. Korte unternimmt keinen rein diachronen Durchgang, sondern ordnet seine Beobachtungen und Analysen systematisch, wobei die Bundespräsidenten der jüngeren Zeit im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen.

Dabei spielt Frank Walter Steinmeier in diesem Buch eine besonders gewichtige Rolle. Das liegt zum einen an der Konstellation, in der diese ihn wählende Bundesversammlung stattfand – als „Teil der Turbulenzen im Superwahljahr 2017“ (S. 25). Von diesen Rahmenbedingungen, so Korte, „gingen wichtige Rahmenbedingungen für die Gestaltungsmacht“ (S. 25) aus: ein Kandidat der Großen Koalition, der wenig später zum Geburtshelfer einer neuen Koalition aus Union und SPD wurde.

Das war zwar so nicht vorhersehbar, aber in der Gestaltungsmacht des Bundespräsidenten angelegt. Diese zeige sich in drei verschiedenen Gesichtern: einmal die instrumentellen Möglichkeiten, die laut Grundgesetz existieren. Dann die strukturellen Dimensionen der Macht, die nicht unbedingt sichtbar sind, also die „soft power“, mit der er Einfluss darauf nehmen kann, welche

Themen auf die Tagesordnung kommen. Und schließlich die diskursive Macht („smart power“), die substanzuell kommunikativ ausgerichtet sei, nicht immer sichtbar, aber ein in der Außenwirkung bedeutender Faktor.

Diese drei „Gesichter der Macht“ illustriert er im weiteren Verlauf mit Beispielen aus der Amtspraxis der Bundespräsidenten. Er unterscheidet sechs Optionen der Gestaltungsmacht des Bundespräsidenten. Die Option durch Darstellungspolitik exemplifiziert er anhand der Rede von Joachim Gauck zum Jahrestag des Armenien-Massakers 2015, die Option durch „Resonanz-Erwartungen“ anhand der Einschätzungen von Horst Köhler. Die Optionen durch Entschleunigung und Kontingenz werden wieder stärker durch Joachim Gauck verkörpert. Die Option durch Wissensaneignung wird am stärksten durch Christian Wulff ins Bild gesetzt, die durch Kompensation von fast allen Bundespräsidenten.

Im folgenden Kapitel über das Gestaltungswissen der Bundespräsidenten werden deren Kompetenzen auch anhand konkreter Beispiele erläutert und die Rolle des Bundespräsidialamts erklärt. Das letzte Kapitel beschreibt überzeugend die konkreten Gestaltungsräume der Amtsinhaber. Wichtig vor allem der Bundespräsident als „Kanzlermacher“ (S. 123). Dabei werden nicht nur historische Abläufe rekapituliert, sondern hochaktuelle Szenarien vorgestellt: So hätte Bundespräsident Steinmeier 2018 sein Initiativrecht zur Kanzlerwahl bei der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer als Bundeskanzlerin in einer Koalition mit der SPD einsetzen können (S. 127). Die verschiedenen möglichen Szenarien nach der Bundestagswahl 2017 werden vom Autor

detailliert durchgespielt. Es bleibt der Eindruck, Karl-Rudolf Korte würde dem „Möglichkeitsmacher Steinmeier“ (S. 157) auch künftig eine entscheidende und aktive Rolle bei der nächsten Bildung einer Bundesregierung zutrauen.

Auch die weiteren Funktionen des Amtes kommen nicht zu kurz, wie etwa die Bedeutung präsidialer Reden oder das Wirken im Ausland. Im Epilog fasst der Autor seine zentralen Erkenntnisse ebenso eloquent wie im restlichen Buch zusammen. Überhaupt bietet der Band nicht nur eine Fülle lesenswerter Analysen, sondern auch viele Materialien im Anhang und ein ausführliches Anmerkungs- und Literaturverzeichnis. Hervorragend lektoriert und gestaltet bietet das Buch ein überzeugendes Kosten-Nutzen-Verhältnis – das ist gerade bei sozialwissenschaftlicher Literatur heute keine Selbstverständlichkeit. Aber noch mehr Lob an den Autor: Karl-Rudolf Korte darf bestätigt werden, dass er ein Meisterwerk vorgelegt hat, das sich in der Politikwissenschaft wie in der politischen Bildung sehen lassen kann. Für künftige Klausuren sollte den Prüflingen rechtzeitig die Lektüre dieses Buches empfohlen werden.

DR. GERHARD HIRSCHER,  
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**AKTUELLE ANALYSEN**  
72: Change in der Medien- und Kommunikationsbranche – Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft



**AKTUELLE ANALYSEN**  
73: Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen – Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
Nr. 7/2019: Parteien im Brennpunkt – AfD und Die Linke im Vergleich



**BAYERISCHE LEBENSBLIDER 5:**  
Die Mauer ist weg!  
Mauerfall, Wendjahre und demokratischer Neubeginn

**VORSCHAU**

**POLITISCHE STUDIEN**

Nr. 490 „Ökologie und Nachhaltigkeit“ mit Beiträgen von Patrick Noack, Bernd Rosenbusch, Martin Erhardsberger und Michael Rudner

# POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 488: Abgehängt auf dem Land?
	PS 487: Der Umwelt zuliebe ...
	PS 486: Wirtschaft in Bayern: Gut aufgestellt
	PS 485: Digital – aber sicher
	PS 484: Entscheidung für Europa
	PS 483: Alt, krank, einsam?

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

**Hanns-Seidel-Stiftung**  
**Referat „Publikationen“**  
**Lazarettstr. 33**  
**80636 München**

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution \_\_\_\_\_

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Straße, Nummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse (falls Informationen per E-Mail erwünscht) \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**Herausgeber:**

© 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdB  
Generalsekretär: Oliver Jörg  
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

**Redaktion:**

Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit GmbH | trurnit Publishers

**Druck:** Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:  
iStock.com / Animaflora